

Wortprotokoll zu TOP 3 A und 9

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

90. Sitzung
12. Mai 2021

Beginn: 12.03 Uhr
Schluss: 18.32 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD),
zeitweise Andreas Statzkowski (CDU)

Vorsitzende Franziska Becker: Wir kommen

Punkt 3 A der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3690

**Beendigung des Konzessionierungsverfahrens zur
Vergabe der Wegenutzungsrechte für den Betrieb
des Stromversorgungsnetzes der allgemeinen
Versorgung im Gebiet des Landes Berlin**

- (mit vertraulicher Anlage nur für den Datenraum)
- (vorab auf Antrag des Senats gem. § 32 Abs. 4 GO
Abghs überwiesen)

[3568](#)

Haupt
WiEnBe
Vertrauliche Bera-
tung hinsichtlich der
Anlage

Hinweis: Eine Beschlussempfehlung des Ausschusses WiEnBe liegt noch nicht vor.

Mitberaten wird:

- a) – Bericht des Senators für Finanzen – I C 35 – vom
19.03.2021
Due Diligence der Stromnetz Berlin GmbH
– (unaufgefordert vorgelegt)
– (mit vertraulicher Anlage nur für den Datenraum)
(in der 88. Sitzung am 14.04.2021 zurückgestellt)

[3470](#)

Haupt
Vertrauliche Bera-
tung hinsichtlich der
Anlage

- b) – Bericht SenFin – I C 35 – vom 20.04.2021
Erwerb der Stromnetz Berlin GmbH
I. Angebot der Vattenfall GmbH
II. Grobkonzept Projekt SNB100
III. Kaufpreisberechnung
IV. Due Diligence (siehe Bericht rote Nummer 3470)
V. Überprüfung der Wirtschaftlichkeit des Kaufangebots
VI. Fairness Option
– (Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 11.11.2020)
– (mit vertraulichen Anlagen nur für den Datenraum) (in der 89. Sitzung am 28.04.2021 zurückgestellt)

[3470 A](#)
Haupt
Vertrauliche Beratung hinsichtlich der Anlage

Ich schlage vor, dass wir in der heutigen Sitzung hier zunächst eine öffentliche Aussprache führen. Bei Bedarf schließe ich danach die Öffentlichkeit aus, und wir tagen nichtöffentlich und vertraulich. Sehe ich hierzu Einvernehmen? – Ja! Dann können wir so verfahren. Ich frage zunächst: Gibt es Wortmeldungen? – Herr Zillich, bitte!

Steffen Zillich (LINKE): Ich möchte zunächst fragen, ob der Senat dazu etwas einbringen möchte.

Vorsitzende Franziska Becker: Dann begrüße ich noch einmal Herrn Senator Kollatz. – Sie haben das Wort, bitte!

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin): Danke schön, Frau Vorsitzende! Ich habe eine Vorbemerkung in komplett anderer Sache, aber das haben mich beim Hineingehen schon mehrere Leute darauf angesprochen. Ja, heute kommt die neue Steuerschätzung, aber wir haben noch eine Sperrfrist. Wir werden heute im Lauf des Tages noch eine Presseerklärung dazu herausgeben. Ich bitte aber um Verständnis, es gibt eine Verabredung zwischen Bund und Ländern, dass ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt dazu noch nichts sagen kann. – [Christian Goiny (CDU): Um welche Uhrzeit endet die Sperrfrist?] – Herr Scholz tritt, glaube ich, um 15.00 Uhr vor die Presse. Nach Abschluss der Pressekonferenz läuft die Sperrfrist ab. Ich weiß jetzt nicht, wie lange die Pressekonferenz dauert, 16.30 Uhr vielleicht. Wir werden aber heute noch mit einer Pressemitteilung herauskommen – [Christian Goiny (CDU): Gibt es eine Tischvorlage?] – Ich glaube, das ist wirklich bekannt. Ich wollte es nur einfach noch einmal sagen, weil mich jetzt drei Leute darauf angesprochen haben. Sobald wir darüber reden dürfen, reden wir darüber.

Die Frage war, was die Idee des Senats mit dieser Vorlage ist. Erst einmal bedanke ich mich, dass das Parlament und der Hauptausschuss es möglich gemacht haben, dass es bereits heute diskutiert wird. Ich bin dafür sehr dankbar.

Ende Oktober 2020 hat Vattenfall bei einem Notar in Berlin nach deutschem Recht einen Vertrag hinterlegt, der für das Land Berlin ein Kaufangebot auf das Thema Stromnetz enthält. Dieser Vertrag ist befristet. Der Vertrag so geregelt, dass dort eine bestimmte Bewertungsmethode für das Stromnetz vorgegeben ist, die wir für eine faire Methode handeln, weil sie auch die Methode ist, die zum Beispiel in Konzessionsverfahren angewendet wird. Wenn wir sie in

Konzessionsverfahren anwenden, kann nichts dagegen sprechen, dass sie auch für diese hier in der von Vattenfall initiierten Prozedur angemeldet wird.

Dem Kern nach geht es jetzt darum, ob, nachdem der Senat zu einem positiven Votum gekommen ist, das Parlament die Sache ebenso sieht. Es sind bereits vorbereitende Beschlüsse gefasst worden, über die Bereitstellung eines Firmenmantels, der die Finanzierung macht aus der Rekom2. Unterlagen sind ausführlich im Datenraum hinterlegt worden. Jetzt stehen zwei Entscheidungen an, wenn man erst einmal so will, in der logischen Sekunde 1 die Frage, wie das Land Berlin das Konzessionsverfahren entscheidet, was dadurch, wenn man dort zu einem positiven Ergebnis kommt, kein konfliktärer Sachverhalt mehr wäre. Da ist es so, dass wir einen Parlamentsvorbehalt haben. Insofern schlägt der Senat vor, die Entscheidung zu treffen, die Konzession an das Stromnetz Berlin zu geben. In der Sekunde 2 wird der Kauf ausgeübt für das Stromnetz Berlin und zwar als Firma. Es wird dort anders, als es im Konzessionsverfahren üblich wäre, nicht physisch ein Netz herausgelöst, wenn es jemand anders bekommt als der bisherige Konzessionsinhaber, sondern es wird die Firma erworben. Das hat verschiedene Vorteile. Erstens ist es so, dass man damit natürlich deutlich leichter – nicht, dass es uns unmöglich wäre – einen kontinuierlichen und sicheren und auch leistungsstarken Betrieb ermöglichen kann. Als zweites ist es so, dass damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch übergehen und, was weiß ich, IT-Programme und sonstige Infrastrukturen.

Das ist übrigens einer der Gründe, weshalb in dem Bewertungsgutachten, das ist auch in den Unterlagen ausgeführt, auf dieses Bewertungsverfahren, das – in neudeutsch – Regulated Asset-Verfahren heißt, ein Aufschlag kommt, der aber auch aus unserer Sicht durchaus gut begründbar ist, also nicht nur vertretbar ist. Deswegen wird dort der Faktor 1,2 angewendet, weil man eben nicht nur das physische Netz übernimmt, sondern die gesamte Firma.

Weiterhin ist daran gedacht, auch diejenigen Mitarbeiter im Vattenfallkonzern zu übernehmen, die ganz oder überwiegend für Stromnetz arbeiten. Das hat zum einen eine soziale Dimension und hat zum anderen aber auch die Dimension der möglichst kontinuierlichen und möglichst leistungsstarken Führung des Betriebs. Die dritte Komponente ist dann, die dann auch immer finanzwirksam ist, der Zeitpunkt. Der Zeitpunkt ist, wie bei solchen Transaktionen üblich, der 1. Januar. Das wird also rückabgebildet. Dadurch entstehen dann also bestimmte Zinseffekte. Das ist aber solchen Transaktionen grundsätzlich eigen und wird auch hier sehr nachvollziehbar angewandt. Der letzte Punkt sind dann die direkten Transaktionskosten, die zum Beispiel mit dem Gutachten, dem Notar, zu tun haben.

Vor diesem Hintergrund ist es so, dass es auch, wie Sie wissen, durchaus Spekulationen in der Presse gab, was denn das ganze kostet. Verblüffenderweise ist der Preis, den wir jetzt hier aufrufen, leicht unter dem, was in der Presse spekuliert worden ist, was schon mal ein Hinweis darauf ist, dass die Grundeinschätzung, die auch im Senat eine Rolle gespielt hat, dass es ein fairer Preis ist, noch einmal unterstreicht. Ich glaube auch, dass es auch jetzt für den öffentlichen Teil durchaus möglich ist, Frau Vorsitzende, über den Preis zu diskutieren, wenn es gewünscht wird. Die Beschaffung für das Stromnetz liegt bei 2,06 Milliarden Euro.

Wie ist dann der Prozess gelaufen? Wir haben eine Due Diligence durchgeführt. Das finden Sie auch in Ihren Unterlagen. Dabei geht es darum, ob das Stromnetz in einem ordentlichen Zustand ist oder ob es dort starke betriebliche Schwächen gibt, ob dort alles vor dem Verfall ist oder sonst irgendetwas. Das Ergebnis des Due Diligence Gutachtens war, dass es in einem

ordentlichen Zustand ist und auch, dass durchaus auch für bestimmte Bereiche, die für die Weiterentwicklung wichtig sind, schon in nennenswertem Umfang Vorinvestitionen erfolgt sind, auf die dann auch gut aufgesetzt werden kann.

Ein weiteres Gutachten ist das Bewertungsgutachten. Dann kommt noch die sogenannte Fairness Opinion. Die Fairness Opinion wurde uns dann Mitte April vorgelegt. Insofern ist es so, dass von verschiedenen Stellen auf diesen Preis geblickt worden ist. Es ist jeweils dort bestätigt worden, dass es ein fairer Preis ist. Insofern bitten wir auch in der Beratung um Unterstützung dafür, dass das Land Berlin dieses Geschäft jetzt tätigen kann. Es ist also, dass es am Ende auch nach Ihren Beratungen darum geht, im Abgeordnetenhaus letztlich zum einen die Frage: Wie wird das Konzessionsverfahren beendet? zur Kenntnis zu nehmen und als zweites dem Angebot zuzustimmen. Dabei ist es auch so, dass eben alles, was jetzt damit zusammenhängt, also die Gründung von neuen Firmen, die Übernahme einer 100-Prozent-Beteiligung, zustimmungspflichtige Vorgänge sind. Es sind auch aus gutem Grund auf zustimmungspflichtige Vorgänge. Deswegen freue ich mich auch auf die Diskussion.

Wenn wir jetzt der politischen Bewertung kommen, dann ist es so, dass Sie wissen, dass der Senat sich durchaus einer Rekommunalisierungsagenda verpflichtet sieht. Es hat sich nach über Jahrzehnte laufenden Diskussionen in Deutschland, die auch in einer bestimmten Phase von einem bestimmten Privatisierungsoptimismus geprägt war, doch die weit übereinstimmende Meinung herausgebildet, dass es durchaus von großem Vorteil sein kann, dass kommunale Infrastrukturen auch in kommunalen Händen sind. Wenn Sie so wollen, befinden wir uns, nachdem das Privatisierungsspendel erst in die eine Richtung ausgeschlagen ist, republikweit eher in der umgekehrten Diskussion. Insofern ist es ein starkes Signal, das auch Berlin als größte deutsche Stadt in diesem Zusammenhang aussendet. Es muss auch nicht das Ende von solchen Transaktionen sein. Bereits unter meinen Vorgänger ist das Projekt mit den Wasserbetrieben, wo es eine Teilprivatisierung gab, beendet worden. Es ist dann dort wieder zu einem kommunalen Besitz am Wasserbetrieb gekommen. Wenn Sie positiv entscheiden, steht das jetzt beim Stromnetz an. Es muss nicht das letzte dieser Möglichkeiten sein.

Als zweites ist aber, das ist auch jenseits der Frage: Wie steht man zum Thema Kommunalisierung? die Frage: Wie können die Maßnahmen zur Verhinderung der Klimakatastrophe im Rahmen der Möglichkeiten, die Berlin als die größte deutsche Stadt hat, vorangebracht werden? Es ist ganz offensichtlich, dass Infrastrukturen dabei eine Rolle spielen. Zum einen mögen solche Stichworte wie Sektorkopplung das beleuchten, zum zweiten mögen solche Stichworte wie integrierte Netzfürhrung das beleuchten. Zum dritten geht es dabei natürlich auch um Investitionen, die infrastrukturnah sind. Da ist sicherlich das, was jetzt vielfach im Parlament in dieser Wahlperiode diskutiert worden ist, wie es beispielsweise mit der Ladeinfrastruktur und ähnlichem weitergeht, ein Thema. Insofern ist es so, dass wir in der Senatsdiskussion auch den Optimismus damit verbinden, dass dann dort mehr möglich ist. Das heißt nicht, dass dort bisher nichts passiert ist, aber dass dort mehr möglich ist. Es herrscht, glaube ich, insgesamt Konsens darüber, dass das, was vielleicht als Energiewendegeschwindigkeit beschrieben werden kann, eher ein Stück weit zunehmen muss in Deutschland und nicht abnehmen sollte. Insofern kann das ein Baustein dafür sein.

In diesem Zusammenhang will ich dann noch auf ein Thema hinweisen, das gelegentlich auch unter Kundengesichtspunkten diskutiert wird. Wir sind uns sicher, dass durch diese Transaktion keine Erhöhungen der Strompreise ausgelöst werden. Wir haben es hier auch mit einem

stark regulierten Markt zu tun. Stromnetz Berlin setzt auf auf dem, was die Netzbetreibergesellschaft, also hier bei uns überwiegend 50 Hz, auch im regulierten Bereich macht und arbeitet natürlich dann mit Stromerzeugern zusammen, die Strom verkaufen wollen in Berlin auf dieser Plattform, die das Netz eben bietet. Es war die Frage, wie sich die Preise dort entwickeln werden. Es gibt zum ersten allgemeinen die Sicht, dass das Stromnetz an Bedeutung gewinnen wird. Das Stromnetz wird nicht an Bedeutung verlieren, sondern wird an Bedeutung gewinnen. Als zweites ist es so, dass es dann gegenlaufende Entwicklungen gibt. Investitionen haben dann erst einmal einen Effekt, der eher preiserhöhend ist. Wenn es aber zum Beispiel durch Errichten von Ladeinfrastruktur auch dazu kommt, dass insgesamt mehr durch das Stromnetz geliefert wird, hat das wiederum einen preisdämpfenden Effekt. Wie diese Effekte dann gegeneinanderlaufen, ist in Zukunft dann sicherlich noch einmal zu bestimmen. Da ist es aber so, dass wir durch den Ansatz, den wir, wenn wir einen öffentlichen Netzbetreiber haben, dort weniger das Thema der Gewinnmaximierung haben, sondern der Maximierung der gesellschaftlichen Wohlfahrt. Da gehört eben das Klimathema deutlich dazu. Dann versprechen wir uns davon, dass dort Fortschritte insgesamt langfristig erzielt werden können. Das wird sich für Berlin langfristig deutlich positiv auswirken. – Danke schön, Frau Vorsitzende!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank, Herr Senator! – Mir liegen jetzt zwei Wortmeldungen vor. – Frau Meister, bitte!

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Das ist noch einmal solch eine Sache. Nur weil es kommunal wird, muss es noch nicht besser werden. Nur weil es privat wird, muss es auch noch nicht gelingen. Da bin ich ein Stück weit bei Ihnen. Die Wasserbetriebe waren übrigens ein klassisches Beispiel dafür, wie man eine Privatisierung nicht machen sollte. Da hat nämlich nur einer gewonnen, nämlich diejenigen, die die Rendite bekommen haben. Bei dem Stromnetz ist die Frage ein bisschen –, weil Sie jetzt auch noch einmal ausführten, dass das Stromnetz, wenn es dann in Landeshand ist, besondere Gestaltungsmöglichkeiten beinhaltet. Jetzt bin ich da auch kein Experte, aber so ganz erschließt es sich mir noch nicht. Wenn der Preis am Ende des Tages vorgegeben ist, sind die Gestaltungsmöglichkeiten, zumindest, wenn man jetzt im Bereich der Gemeinwohlorientierung Preise anpassen möchte, gering, wenn ich das richtig verstanden habe. Die Frage der Ladesäulen, die ich in einer Stadt vorhanden anbiete, ist jetzt völlig unabhängig davon, wem das Stromnetz gehört. Ich kann so viele Ladesäulen bauen, wie wir wollen oder wie wir brauchen. Den Zusammenhang habe ich jetzt auch nicht so ganz verstanden. Außerdem war ich immer der Meinung, dass in dem Stromnetz sozusagen alles eingespeist werden muss, was angeboten wird. Ich frage mich schon ein bisschen, ob wir nicht mehr erreichen würden, wenn wir für zwei Milliarden Euro unser Gebäude vernünftig dämmen würden und dort einmal ein bisschen zukunftsfähig sanieren würden, ob es nicht die schlaunere Ausgabe wäre. Aber das gilt es jetzt gar nicht zu diskutieren.

Ein Stück weit bin ich bei Ihnen, auch wenn mir das gar nicht zusteht, das zu beurteilen, dass man sicher sagen kann, der Preis liegt in einem Maß, wo, glaube ich, der Preis nicht überhöht ist oder ähnliches ist. Er ist sicher auch kein Schnäppchen, dass man sagen kann: Meine Herren, heute gibt es das Stromnetz im Sonderangebot. Es ist von seitens Vattenfall ein vernünftig gepflegtes Stromnetz mit einem angemessenen Preis. Das heißt, mein Problem ist gar nicht der Preis, sondern das Problem ist, dass wir uns diese Investitionen komplett auf Pump gönnen. Das ist immer ein bisschen risikoreich, wie wir wissen. Wenn ich etwas komplett auf Pump kaufe, heißt es eben, dass es einen bösen von den Füßen reißen kann, wenn die erste

Unwidrigkeit kommt, sei es Zinserhöhungen oder ähnliches. Nun haben wir heute früh schon im Vermögensausschuss sehr genau über Zahlen gesprochen. Wir werden dazu auch noch einmal unsere schriftlichen Fragen einreichen, wie hoch jetzt der Anteil Zinsen und Tilgung wirklich ist, sodass wir nachher am Ende des Tages überhaupt ermessen können, was bleibt denn an dem Geld, das vorher an Vattenfall Schweden geflossen ist – das Geld fließt jetzt an das Bankenkonsortium –, nachher übrig. Was können wir denn davon wirklich investieren? Was kann denn da eingesetzt werden? Das gilt es erst einmal zu beurteilen.

Was mich jetzt noch einmal interessieren würde: Die Bundesnetzagentur gibt eine Eigenkapitalverzinsung vor in der Regulierung. Wie ist denn Ihre Einschätzung über die Entwicklung dieser Rendite, die, wenn ich das richtig nachgelesen habe, jetzt bei 5,6 Prozent liegt, was im Moment sicher nicht so schlecht ist? Die Frage ist aber, wie wird es sich in Zukunft darstellen?

Meine zweite Frage ist: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des extrem großen Kreditvolumens, was seitens der IBB geschultert wird, auch als nachrangiges Darlehen verbunden mit einer großen Bürgschaft für das Land Berlin? Wie sehen Sie da die Auswirkungen auf die IBB? Gibt es im Bereich der Übernahme besondere Risiken, wo Sie sagen würden: Ja, da müssen wir mal schauen, sei es jetzt Pensionsrückstellungen, sei es Übernahme IT-Netz, was einmal abgewickelt werden muss seitens Vattenfall und dann übertragen werden muss an das Land Berlin? Da haben wir nicht immer nur ein glückliches Händchen, wenn es um IT geht. Vielleicht können Sie das auch noch einmal einschätzen. Dann habe ich noch einmal die Frage: Der Mitarbeiterübergang, den Sie angesprochen haben, ist grundsätzlich richtig so und auch zu begrüßen. Wenn ich mich recht erinnere, ist aber der Übergang der Mitarbeiter auf ein Jahr begrenzt. Das heißt, der Schutz der Mitarbeiter gilt dann immer nur ein Jahr. Ist das in dem Fall auch so, oder gilt das länger so, sodass die wirklich in die neue GmbH mit all ihren Rechten, Betriebszugehörigkeit und ähnlichem übergehen? – Das wären jetzt erst einmal meine Fragen dazu. Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Melzer, bitte!

Heiko Melzer (CDU): Vielen Dank. Ich möchte vielleicht erst einmal etwas Organisatorisches sagen. Ich glaube und ich vermute, dass es in den Fraktionen so einhellig ist, so haben wir es auch heute im Vermögensausschuss besprochen, nämlich dass wir das heute hier diskutieren und noch gar keine Beschlüsse fällen können, sondern auch noch einmal Fragen bis Freitag sammeln, die der Senat beantwortet. Davon wollen und werden wir gern Gebrauch machen und es vielleicht auch so gemeinschaftlich konstruieren, dass es nicht viele Berichte gibt, sondern einen gebündelten Bericht. Das ist zum Lesen besser, das ist vielleicht auch zum Schreiben besser und insofern vielleicht an der Stelle ausnahmsweise einmal für alle besser.

Zur Sache: Herr Senator! Es ist der Schlusspunkt von vielen Jahren und vielen Jahren des Streits, die der Senat geführt hat, das Konzessionsverfahren Strom, hier beantragen Sie jetzt, das als beendet zu erklären, mit vielen rechtlichen Auseinandersetzungen, mit einem Urteil zuletzt des Kammergerichts, das, glaube ich, im letzten Jahr die Vergabe aufgehoben hat, an ein damaliges landeseigenes Unternehmen.

Beim Landgericht Berlin ist aktuell noch ein Verfahren anhängig und aufgrund der anderen Gespräche ausgesetzt. Deswegen wäre meine erste Frage auch rückblickend auf die vielen Jahre dieses Konzessionierungsverfahren, das jetzt in den von Ihnen favorisierten Deal mündet: Welche Rechts- und Beratungskosten sind seitdem, seit Start, beim Land Berlin aufgelaufen, zumindest bei der Senatsverwaltung für Finanzen, sowie bei den Beteiligten Senatsverwaltungen im Bewerbungsprozess, also beim gesamten Land Berlin?

Sie haben zur Due Diligence gesagt, das Netz sei in einem guten Zustand. Ich habe hier auch mitgeschrieben, man hat festgestellt, es seien noch Vorinvestitionen geleistet worden, auf die aufgesetzt werden kann. Das verstehe ich mal so, dass im Grundsatz bescheinigt wird, man kann jetzt keine schlechte Arbeit oder ein auf-Verschleiß-fahren konstatieren. Preisstabilität und Versorgungssicherheit standen immer im Fokus und sind auch immer eingehalten worden, so würde ich einmal das, was Sie dazu sagten, auch subsumieren wollen. Ich sehe das ähnlich, und wir sehen das ähnlich. Das führt aber zu der Frage, was das Mehr, dass das Land Berlin jetzt leisten möchte als dann zukünftiger neuer Eigentümer in einem hochregulierten Markt, bei der genau diese Aspekte Versorgungssicherheit, Preisstabilität eine herausragende Rolle spielen müssen, ist, der Vorteil bei einer Investition von mehr als zwei Milliarden Euro, den am Ende alle Berlinerinnen Berliner bekommen? Frau Meister hat in dem vorangegangenen Wortbeitrag schon gesagt, es ist ein hochregulierter Markt, es gibt maximal mögliche Rendite, die durch die Bundesnetzagentur und den Bund reguliert wird. Wurde die bisher mit dem Berliner Stromnetz erzielt? Plant das Land Berlin, diese maximal mögliche Rendite ebenfalls zu erzielen? Oder sind die Investitionen in einem höheren Volumen notwendig, das sich dann negativ auf die Renditeerwartungen auswirkt? Oder, noch einmal anders formuliert: Ist denn zu befürchten, dass durch mehr Investitionen in das Stromnetz durch das Land Berlin die Preisstabilität auch für die Berlinerinnen und Berliner durch die dann weitergegebenen Netzentgelte ins Wanken gerät? An der Stelle möchte ich sagen: Sie haben die Wasserbetriebe als Beispiel angeführt. Die Wasserbetriebe eignen sich schlecht als Blaupause und als Beispiel für das Stromnetz. Warum? Weil eine ganz wesentliche Folge des Rückkaufs der Wasserbetriebsanteile war, dass die Wasserpreise stabil bzw. in Teilbereichen gesenkt werden konnten. Das ist hier aber gar nicht möglich, weil die Netzentgelte im Bund festgesetzt werden. Das wurde uns heute Morgen im Vermögensausschuss seitens des Senats noch einmal, wie ich finde, sehr gut dargestellt, dass wir auf dieses Verfahren als Land Berlin als neuer Eigentümer eines Stromnetzes gar keinen Einfluss haben. Für die Berlinerinnen und Berliner kommt an Verbilligungen oder Preisstabilität durch diesen Rückkauf gar nicht ein Mehr, ein Vorteil an, vielleicht sogar durch höhere Investitionen – ist das geplant durch das Land Berlin in der nächsten Zeit kurz- oder mittelfristig? – eine Preissteigerung.

Damit verbinden wir aber auch die Frage, was ist denn aus Ihrer Sicht der zentrale Vorteil für die Berlinerinnen und Berliner, weniger für die Koalition? Wir haben verstanden: Sie haben immer versprochen, es wird alles rekommunalisiert, was nicht bei drei auf den Bäumen ist, und jetzt sind die Stromnetze dran. Was ist der Vorteil für die Berliner?

Ein weiterer Punkt ist das Thema Finanzierungsstruktur. Auch das ist eben schon angeklungen. Wir sind gerade in einer Marktphase, seit längerer Zeit, mit historisch niedrigen Zinsen. Da kann man vertreten, dass man jetzt auch Fremdkapital aufnimmt, aber immer nur in einer Art und Weise, dass auch bei steigenden Zinsen diese Verpflichtungen bedient werden können. Sie haben sich jetzt hier für eine hundertprozentige fremdkapitalfinanzierte Investitionen entschieden, zwei Milliarden Euro. An anderer Stelle, man hört es immer wieder: Es kostet

alles nichts, es belastet den Haushalt nicht. Dem Wert von zwei Milliarden Euro stehen auch Kosten von zwei Milliarden Euro, nämlich fremdkapitalfinanziert, gegenüber. Die mögen nicht im Haushalt stehen. Woanders sagt man: Dann ist es halt ein Schattenhaushalt, weil es am Ende aus dem Unternehmen finanziert werden kann und muss. Es gab einmal SPD-Minister, die haben so etwas Heuschrecken genannt. Wir stellen uns schon die Frage: Was passiert bei steigenden Zinsen? Wie lange kann das Land Berlin zehren von den jetzigen erwirtschafteten Überschüssen, ohne vielleicht sogar in eine Nachschusspflicht hineinzulaufen, weil Zinsen auch einmal steigen können. Also eine hundertprozentige Fremdkapitalfinanzierung ist, das weiß jeder, der schon einmal ein Kredit aufgenommen oder ein Haus gebaut hat, nie das Modell der allerersten Wahl.

Zuletzt: Was will das Land Berlin mit dem Netz erreichen? Da werden umwelt- und klimapolitische Ziele genannt. Ich will gar nicht gegen die Ziele sprechen. Ich habe aber bisher immer verstanden, dass jedweder Betreiber des Stromnetzes verpflichtet ist, alle Stromarten auch diskriminierungsfrei in das Netz einzuspeisen und für alle gleichberechtigt die gleichen Regeln gelten zu lassen. Ich gehe davon aus, dass ich erstens damit richtig liege und zweitens das Land Berlin nichts anders machen wird. Deswegen, Herr Senator, würde mich auch noch einmal interessieren: Was ist denn Ihr Plan über das hinaus? Wie will das Land Berlin denn dieses Netz umbauen? Welche Investitionen sollen vonstattengehen, um eine Verbesserung, gerne auch im Bereich Umwelt- und Klimapolitik, herzustellen über das Eigentum, nicht die Beteiligung am Stromnetz? Was dann aus Ihrem Haus oder dem Senat in der nächsten Zeit dazu geplant? Nur der Eigentumsübergang – dafür kann sich eine Koalition feiern: Wir haben jetzt etwas für zwei Milliarden Euro gekauft. Das können Sie intern gerne tun. – ist kein Erfolg an sich. Welche Verbesserungen werden damit direkt und konkret verbunden? Da sind Sie in der Vergangenheit, wie wir finden, Antworten schuldig geblieben. Deswegen fragen wir an dieser Stelle noch einmal, gern auch schriftlich, in dem Fragenkatalog bis Freitag nach.

Unter dem Strich: Es gab viele Jahre Streit, hohe Kosten. Die Frage, was es den Berlinern bringt, ist offen. Wir haben immer gesagt, Kooperation wäre besser gewesen als jahrelange Konfrontation. Sie haben jetzt schon angekündigt, das wird noch nicht das Ende gewesen sein von Rekommunalisierung. Wir wollen auch noch weiteres Geld ausgeben als Land Berlin für gebündelten Netzbetrieb und Gasnetz und was nicht noch so alles kommen. Unser Vorschlag wäre: Machen Sie doch erst einmal das eine richtig. Wenn Sie es denn unbedingt machen wollen, bauen Sie es dann auch so um, dass es etwas für die Berliner bringt. Vielleicht, bevor der Vertrag im Sommer aus Ihrer Sicht abgeschlossen werden soll, erklären Sie noch einmal ganz genau, was der Vorteil für die Berlinerinnen und Berliner ist. – Damit es im Zweifelsfall auch nachlesbar ist, Frau Vorsitzende, beantragt meine Fraktion dafür auch ein Wortprotokoll.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Frau Dr. Brinker!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Es ist jetzt schon viel gefragt und gesagt worden. Der hier vorliegende Vorgang lässt sich in der Tat nicht mit dem vergleichen was wir damals bei der Rekommunalisierung der Wasserbetriebe hatten. Das war eine völlig andere Geschichte mit völlig anderen Prämissen. Es hatte natürlich auch den Vorteil für die Kunden, dass in Teilen Wasserpreise auch gesenkt worden sind aufgrund eines kartellrechtlichen Verfahrens damals. Stichwort Kartellrecht: Beim Konzessionsverfahren stellt sich für mich die Frage: Das Bundeskartellamt hat sich sehr klar und deutlich auch zu den verschiedenen Rekommunalisierungen in den vergangenen Jahren auch geäußert, unter anderem

auch zum Thema Strom- und Gasnetzkonzessionen. Die Frage die sich mir jetzt stellt: In Anbetracht dessen – der langwierige juristische Prozess ist allen hier bekannt – stellt sich mir die Frage, ob der Kauf, der jetzt stattfinden soll, kartellrechtliche Bedingungen zu erfüllen hat. Ist dem Senat irgendetwas bekannt? Kann kartellrechtlich eingeschritten werden? Welche Dimensionen verbergen sich dahinter? Gibt es irgendwelche Vorstellungen, dass da noch irgendetwas schiefgehen kann. Das ist die eine Frage zum Thema Konzessionsverfahren.

Zum Zweiten, das ist hier auch schon teilweise angeklungen, Thema Kauf, also Erwerb: Die Summe ist klar. Wofür das Geld ausgegeben werden soll, kann man an den Unterlagen auch erst einmal gut erkennen. Die Frage die sich mir stellt, ist: Wie sollen denn zum Beispiel diese infrastrukturnahen Investitionen, die Sie, Herr Dr. Kollatz, angesprochen haben, finanziert werden, zusätzlich? Der Kauf wird jetzt zu 100 Prozent fremdfinanziert. Aus welchen Mitteln sollen dann zusätzliche infrastrukturnahe Investitionen in Zukunft finanziert werden? Wo wird das abgebildet? Von welcher Größenordnung reden wir hier gerade auch in Anbetracht der, erst einmal, nächsten zehn Jahre? Abgesehen davon, das hat Herr Kollege Melzer auch zurecht schon angesprochen: Wie sieht es tatsächlich aus, wenn sich das Zinsniveau ändert? Das ist aber auch noch einmal ein ganz anderes Thema. Ansonsten würden wir uns auch anschließen und noch bis Freitag Fragen schriftlich einreichen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Zillich, bitte. Außerdem habe ich noch den Hinweis für das Protokoll, die CDU-Fraktion hatte ein Wortprotokoll beantragt.

Steffen Zillich (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Ich werde das mit dem Wortprotokoll bei meinem Wortbeitrag berücksichtigen. – Vielleicht kurz etwas zum Verfahren. Ich habe nichts dagegen, dass hier noch Fragen eingereicht werden. Ich will nur eines sagen: Wir wollen und müssen den Zeitplan einhalten. Das bedeutet, dass wir in zwei Wochen entscheiden, unabhängig davon, ob möglicherweise alle Fragen schriftlich bis zum Ende beantwortet werden. Ich glaube aber, dass die Verwaltung sehr gut in der Lage ist, das auch zu leisten. Es liegt aber manchmal auch in der Natur der Fragen. Ich werde zum Beispiel Fragen haben, von den ich davon ausgehe, dass sie nicht komplett beantwortet werden können bis in zwei Wochen, die ich aber trotzdem in Form von Berichtsaufträgen gern auch in Auftrag geben würde. Es ist dann aber nicht erheblich für die Frage, wie wir uns entscheiden.

Der Finanzsenator hat dargestellt, dass es in eine politische Strategie einordnet. Was ist der politische Mehrwert danach? Herr Kollege Melzer! Es gab in der vergangenen Wahlperiode eine Enquetekommission hier in diesem Haus. Insofern hat den politischen Mehrwert dieses Haus selbst geliefert. Zu den Ergebnissen dieser Enquetekommission gehörte unter anderem, dass insbesondere das Stromnetz möglichst in eine kommunale Hand gehört. Das ist in gewisser Weise auch naheliegend, aus mehreren Gründen. Klimapolitik ist, verständlich betrachtet, zu einem ganz großen Anteil Investitions- und Infrastrukturpolitik. Genau dort spielen sich die Dinge ab, wo Veränderungen stattfinden müssen und wo man auch die Grundlage dafür liefert, dass eine klimaschonendere Lebens- und Produktionsweise tatsächlich stattfinden kann, ohne dass es nur um Verzicht und um Einschränkungen geht. Insofern ist es von zentraler Bedeutung, dass man in der Lage ist, hier über diese Infrastrukturen auch tatsächlich zu verfügen. Die Mehrwerte können die klimapolitischen Fachpolitiker besser beschreiben, aber sie lassen sich zumindest in zwei Perspektiven beispielhaft herausgreifen. Die eine Perspektive ist Investitionsstrategie und Ausrichtung eines solchen Netzes. In ein solches Netz muss immer investiert werden, Erweiterungsinvestition, Erneuerungsinvestitionen usw. Es ist aber

sicherlich ein Unterschied, ob man ein Netz darauf ausrichtet, dass es ganz zentral von dezentralen Einspeisungen lebt und darauf eingestellt ist im Sinne einer genauen Unterstützung einer bestimmten energie- und klimapolitischen Strategie oder von zentralen Einspeisungen. Dazu braucht es einen infrastrukturellen Hintergrund, den man nicht automatisch hat, sondern den man im Sinne einer Investitions- und Ausbaustrategie erwerben muss. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, auch das hat die Enquetekommission nahegelegt, dass man sich gerade klimapolitisch etwas davon verspricht, dass man versucht, Netze integriert zu betreiben. Das hat man mit einem Netz noch nicht, aber man zumindest erst einmal den Anfang. Ich gehe davon aus, diese Perspektive würde ich dann gern noch einmal in einem Bericht erfragen, dass der Senat auch daran festhält, einen integrierten Netzbetrieb als Zielperspektive und gerade als die Grundlage für einen klimapolitischen Mehrwert zu haben.

Uns ist es in der Tat nicht einfach nur wichtig, das Ding zu haben im Sinne eines Vermögenszuwachses. Das ist auch eine gute Sache. Und weil Rekommunalisierung insgesamt eine gute Sache ist im Übrigen deswegen, weil es die demokratische Verfügung über Güter einfacher macht. Insofern sind die Fragen vollkommen zurecht gestellt worden, was darüber hinaus der Mehrwert ist. Ich habe schon klimapolitisch etwas gesagt, aber es gibt natürlich einen weiteren Mehrwert aus unserer Sicht, dass eine solche starke Netzgesellschaft natürlich auch die Möglichkeit bietet, im Verbund der Betriebe der öffentlichen Familie eine Rolle zu spielen. Da ergeben sich ganz viele Kooperationsmöglichkeiten. Insofern würde ich auch hier gerne eine Perspektive des Senats erfahren in Bezug auf diese Kooperationsmöglichkeiten. Ich gehe einmal davon aus, dass der Senat das auch mitbetrachtet bei der Frage, wer denn beispielsweise die Aufsichtsräte besetzt und welcher fachpolitische Zugang dort vertreten ist. Welche Rolle kann ein solcher Netzbetrieb in der öffentlichen Familie spielen? Ich will einmal einen Punkt herausgreifen, der ganz wichtig ist. Der Wert eines solchen Netzbetriebes liegt nicht nur in den Anlagen, die darin enthalten sind, sondern er liegt vor allem in der Kompetenz, die wir an dieser Stelle miterwerben. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir erwerben einen Betrieb, und wir übernehmen damit die Angestellten mit. Wir übernehmen das Know-how mit. Das ist auch ein ganz wichtiger Punkt. Gleichzeitig bedeutet es aber, dass wir auch dort einen Bedarf an Fachkräften weiterhin und für die Zukunft haben. Deswegen ist die Strategie, wie sich so etwas einordnet, möglicherweise auch in Kooperation mit anderen in eine Strategie von Fachkräftegewinnung in eine Strategie des Aufrechterhaltens und Erneuerns des Know-hows für einen solchen Betrieb ein ganz wichtiger Aspekt. Welche Ausbildungsstrategien werden für notwendig gehalten? Soweit ich sehe, haben wir auch die Situation, dass das Durchschnittsalter der Beschäftigten, wie in vielen Bereichen, eines ist, wo klar ist, dass wir dort neue Fachkräfte brauchen. Dazu hätte ich gern auch noch eine Darstellung.

Insofern finde ich die Debatte total wichtig und bin der Opposition sehr dankbar dafür, dass wir die Debatte intensiv darüber führen nicht nur, zu welchen Bedingungen wir das erworben haben, sondern auch darüber, was es uns bringt. Das wird auch ein ganz wichtiger Punkt sein, dass wir das politisch sehr eng begleiten. Wir haben das vor. Die Frage aber, zu welchen Bedingungen wir die Konzession erwerben, ist natürlich auch eine wichtige Frage. Dazu sind eine ganze Reihe völlig berechtigter Fragen gestellt worden. Bisher hat allerdings noch niemand, das ist das, was in den Unterlagen und Datenraum zu besichtigen ist, die Perspektive infrage gestellt oder sagt, es ist nicht dargelegt, dass es funktionieren könnte oder ähnliches, dass tatsächlich eine Finanzierung aus den Erträgen des Netzes möglich ist, zunächst einmal

mit einer 100-prozentigen Fremdfinanzierung, wobei die – Klammer auf – die hundertprozentige Fremdfinanzierung auch eine ist, die insofern nicht so ganz fremd ist, weil eine Bürgschaft der dahinter hängt. Insofern wirkt sich das sicherlich bei den Finanzierungsbedingungen aus. Ich gehe allerdings auch davon aus, den Aspekt muss man mitnehmen, und vielleicht kann der Senat dazu auch etwas sagen, dass man natürlich, wenn man ein solches Geschäft eingeht, einen gewissen Grad an Sicherheit auch in der Finanzierung haben muss und dass man nicht auf spekulativ niedrige Zinsen setzen kann, ohne ein Modell der Finanzierung zu wählen, bei dem man eine gewisse Sicherheit der Zinsbelastung hat. Davon gehe ich aus, dass dort das Modell gewählt wird, wo es berechenbar ist und berechenbar bleibt. Insofern freue ich mich über die Debatte und will, um es noch einmal zusammenzufassen, insbesondere noch einmal nach den Perspektiven dieses Erwerbs und des kommunalen Stromnetzbetriebs im Hinblick auf die Möglichkeiten aus der Perspektive eines integrierten Netzbetriebes und der Kooperation mit anderen öffentlichen Unternehmen im Hinblick auf die Ausbau- und Investitionsstrategie fragen und bitte um eine Aussage. Ich hätte auch gern einen Bericht zum Thema, wie werden die Potenziale der Beschäftigten entwickelt? Wie kann eine Ausbildungsstrategie aussehen? Wie ist sie notwendig, um diesen Netzbetrieb aufrechtzuerhalten? Etwas zum Thema Besetzung des Aufsichtsrats können Sie vielleicht gleich etwas sagen. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank. Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Bitte die Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt bis Freitag, 14.00 Uhr, einreichen. – Herr Senator! Vielleicht möchten Sie mündlich auch noch etwas sagen? – Bitte sehr!

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin): Das waren ein paar Fragen, die sicherlich auch mit der Erwartung gestellt wurden, dass ich mündlich zumindest eine Teilantwort gebe. Herr Melzer! Ich werde mich bemühen, so schnell wie möglich zu antworten. Ich bitte um Verständnis dafür, dass wir das dann vielleicht doch in Teillieferungen machen, weil es niemandem hilft, wenn uns dann an der einen oder anderen Stelle noch ein Stückchen fehlt und deswegen alles wochenlang warten muss. Das ist sicherlich nicht sinnvoll. Wir sind daran interessiert, dass Sie möglichst rasch die Information bekommen. Je mehr wir aber an Fragen sinnvoll poolen können, umso lesbarer und einfacher wird es dann für alle. Wir geben uns also Mühe.

Die zweite Frage, die am Schluss auch noch einmal bei Herrn Zillich in seinem Schlussfurioso eine gewisse Rolle gespielt hat ist, wo eigentlich der strategische Unterschied ist. Den strategischen Unterschied, den gibt es. Ich habe vorhin auch dafür zwei Stichworte genannt. Das eine ist integrierter Netzbetrieb, und das zweite ist Sektorkopplung. Insofern hatte ich das schon in der Debatte angeführt. Wir können das dann auch in den Antworten noch einmal etwas klarer machen. Ich will aber noch einmal versuchen, das Bild der Vergangenheit ein Stück weit daneben zu stellen. Das ist frei von Vorwürfen an irgendwen. Man hat sich in Berlin in einem langen historischen Prozess, der auch etwas mit der Größe der Stadt zu tun hat und auch etwas mit der Situation nach dem Zweiten Weltkrieg und der Insel. In Westberlin hat man sich für ein bestimmtes Konzept entschieden, das eben nun eher auf die Konkurrenz der Netze gesetzt hat als auf das, was man vielleicht mit integriertem Netzbetrieb und Sektorkopplung meinen könnte. Es ist auch aus Gesprächen, die ich auch mit allen geführt habe, seitdem ich hier im Prinzip in Berlin diese Position habe – auch in der Vorgängerkoalition hat eine große Reihe von Gesprächen mit allen, die dort in irgendeiner Art und Weise dort tätig sind, stattgefunden –, klar, dass zumindest damals von der Eignerseite die Auffassung vertre-

ten worden ist, dass das auch die Aufstellung ist, in der man bleiben will. Deswegen: Das kann man so sehen, man muss es aber nicht so sehen, und ich sehe es definitiv anders. Das heißt also, wir haben in Berlin eine Situation, in der man eben darauf gesetzt hat, wenn man jetzt fragt: Wem nutzt das? Man hat im Prinzip die Idee, dass durchaus, wenn man das Konkurrenz der verschiedenen Netze macht, dass dann am Ende für den Verbraucher hoffentlich die günstigste Lösung dabei herauskommt. Es ist aber völlig klar, dass das weder, was die Investitionen betrifft, zur kostenminimalen Lösung führt, noch, was die Klimawirkung betrifft, zu kostenminimalen Lösungen führt, auch gar nicht führen kann, also vom Ansatz her. Da verfolgen wir einen anderen Ansatz. Das heißt auch, das muss auch allen klar sein, dass dieser Ansatz nicht warten darf, bis, was vielleicht einige wollen, alles öffentlich ist, weil es auch so ist, dass man natürlich dort auch weiter kommen kann in einer Situation, in der wir unterschiedliche Rechtsformen haben. Wenn es aber einen öffentlichen Kern gibt und es von diesem öffentlichen Kern auch angestoßen wird, können wir dort weiterkommen. Das war jetzt einmal der Versuch, eine kurze und vielleicht auch holzschnittartige Antwort zu geben, wo der strategische Unterschied ist. Ja, es gibt einen strategischen Unterschied, und den habe ich versucht zu beschreiben.

Im Übrigen ist auch das Thema der kommunalen Eignerschaft nicht egal. Was stimmt ist, dass Eignerschaft nicht per se etwas Gutes oder etwas Schlechtes ist. Man kann es immer gut und man kann es immer schlecht machen. Es gibt auch private Eigner, die machen es ausgesprochen gut. Es ist so, dass es diesen Trend, den ich versucht habe zu beschreiben, nicht ganz grundlos gibt. Der hat etwas damit zu tun, dass allen klar ist, dass auch die privaten Betreiber natürlich bei dem Thema Klima in der richtigen Richtung unterwegs sind, dass es aber auch sehr wohl eine spürbare Ungeduld in der Bevölkerung gibt, ob sie mit dem ausreichenden Tempo dort unterwegs sind. Insofern ist es so, das ist auch etwas, was mit der öffentlichen Eignerschaft verknüpft ist. Die Erfahrung zumindest von den Wasserbetrieben zeigt, dass es nach einigen Jahren auch spürbar ist. Wir haben doch die Umweltinvestitionen in den Wasserbetrieben – daran habe ich auch tatkräftig mitgewirkt – in den letzten Jahren hochgefahren. Wir haben damit eben gezeigt, dass das ökologische und wirtschaftliche Vertretbare in ein höheres Maß an Übereinstimmung zu bringen ist, als man vielleicht vorher vermutet hatte. Das ist auch etwas, wo die öffentliche Eignerschaft, weil sie einen anderen Zielkorridor hat, da geht es auch um die gesellschaftliche Nützlichkeit, durchaus Ansatzpunkte bietet.

Herr Zillich hat noch das Thema dezentrale Einspeisung genannt. Ja, natürlich. Das hat für uns viel mit dem Thema integrierter Netzbetrieb und Sektorkopplung auch dann wieder zu tun. Natürlich ist es so, dass das eine stärkere Rolle spielen wird. Wir betreiben das auch selbst, zum Beispiel durch einen Photovoltaikausbau auf den Flächen, wo es relativ einfach geht, auch durch das Betreiben durch das Stadtwerk. Natürlich ist es so, dass es auch nicht das Ende ist. Ich bin mir auch sicher, dass auch zum Beispiel private Wohnkonzerne auch in diesem Bereich zulegen werden. Auf jeden Fall haben sie das angekündigt befinden sich auch in konkreten Gesprächen, auch übrigens im Stadtwerk. Wenn man Plattformangebote macht, heißt es nicht, warten darauf, bis alles öffentlich wird. Dann würde man wahrscheinlich auf den Sankt Nimmerleinstag warten. Es geht darum, dass man dort die Möglichkeiten nutzen soll.

Ansonsten bei den Aufsichtsräten – danach hatte noch Herr Zillich gefragt – ist es so, dass sich das Land verabredet hat, dass vom Senat die einschlägigen Fachressorts jeweils in den Aufsichtsräten mit einem Sitz vertreten sind. Dann soll es noch zwei Expertensitze geben. Ein

Expertensitz wird vorzugsweise unter dem Thema der wirtschaftlichen und technischen Expertise vergeben. Bei dem zweiten Sitz gibt es auf jeden Fall Gespräche zwischen dem Wirtschaftsressort und meinem Haus. Es wird darüber nachgedacht, das auch unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Beteiligung ein Stück weit zu vergeben und dort auch ein Signal in diese Richtung zu setzen. Da sind wir aber auch noch nicht am Ende der Diskussion. Aber das war ein bisschen die Frage. Das ist der Stand der Diskussion.

Dann war eine Frage von Frau Meister, wie es mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ist. Da ist es so, dass wir da die Situation haben, dass wir dort nicht auf einen Konflikt gehen. Wir haben das Thema der Wahlfreiheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verabredung mit Vattenfall hochgehängt. Es gab auch die Bereitschaft von Vattenfall, in diese Richtung zu gehen. Es gibt zwei Gruppen von Mitarbeitern, die einen, die jetzt im Stromnetz sind. Wir haben also dort auch gesagt, dass die Tarifs system erhalten bleiben. Insofern ist es so, dass es dort auch keinen Nachteil gibt, der irgendwie ausgeglichen werden müsste. Was aber auch klar ist ist, wenn nun irgendjemand sagt: Ich will dann lieber nicht mehr beim Stromnetz arbeiten, sondern ich will in dem Vattenfallkonzern an einer anderen Stelle arbeiten, werden wir dem keinen Stein in den Weg legen. Es wäre auch nicht sinnvoll. Das Umgekehrte gilt auch. Wo die Mitarbeiter im Vattenfallkonzern tätig sind und lieber für das Stromnetz arbeiten, war es auch Vattenfall ein Anliegen, dass sie nicht dann für Leute, die da nichts mehr zu tun haben, Verwendung suchen müssen, die sie vielleicht auch nur schwer finden. Deswegen war die Vereinbarung dass wir die alle nehmen. Wir sagen nicht, wir nehmen nur irgendwie die olympiareifen Mitarbeiter, sondern wir nehmen alle in einem Beschreibungsprozess, das heißt dann neudeutsch Carve-out. Wenn dann wiederum da auch welche sagen, sie wollen lieber bei Vattenfall bleiben, dann ist es so. Dann soll das so sein. Auch denen werden wir keine Steine in den Weg legen, weil wir auch mit Berlin Energie – – Berlin Energie hat selbst und von vornherein in einem Partnernetz gesagt, sie können das Thema auch betreiben. Etwaige Lücken, die entstehen, wären auch schließbar, wenn sie entstehen. Ich glaube aber, sie werden nicht entstehen, weil es auch auf der Beschäftigtenseite sehr positiv gesehen wird.

Dann gab es die Frage, ob diese Investition ein Risiko hat. Ja, hat sie. Jede Investition hat ein Risiko. Sie wissen auch, dass ich mich immer dafür ausspreche, Risiken nicht so lange zu beschwatzen, bis man sagt, sie existieren gar nicht. Na klar existieren sie. Deswegen muss das Unternehmen auch in Zukunft wirtschaftlich und gut geführt werden. Die Wirtschaftlichkeit hat da auch einen ausgesprochen hohen Stellenwert. Das Risiko ist aber überschaubar. Deswegen atmet das bei diesem ganzen Begutachtungsprozess, dessen Ergebnisse Sie sich auch anschauen können und zu dem Sie auch eingeladen sind, sie sich anzuschauen, praktisch auf jeder Seite. Wir haben es dort mit einem regulierten Betrieb zu tun, mit einem sehr hohen überschaubaren Risiko. Aber, na klar, es ist ein unternehmerisches Risiko dabei, und das muss auch allen, wenn sie abgestimmt wird, klar sein. Das gilt für jedes Landesunternehmen, das wir haben. Wir haben bei jedem Landesunternehmen bestimmte Risiken. Wir arbeiten hart daran, dass es einer Vergangenheit angehört, die nicht wiederkommt, was bei der Bankgesellschaft Berlin passiert ist, wo man das sträflich unterschätzt und sich dann nachher gewundert hat. Sie können sich sicher sein, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich intensiv daran arbeiten, dass sich so etwas nie, nie wiederholt. Ich glaube, wir haben da auch eine ganz gute Erfolgsstory.

Dann gab es die Frage mit der IBB. Meine Grundeinstellung ist, dass die IBB erst einmal und zuallererst für das Fördergeschäft da ist. Soweit die IBB aber nicht direkt Fördergeschäft macht, ist es auch, und das ist auch durch die Verständigung und zwar auf europäischer Ebene abgedeckt, eine Aufgabe der IBB, oder kann es durchaus sein, und in Berlin soll es das auch sein, an der Finanzierung von Landesunternehmen mitzuwirken. Das ist nicht ein Nachteil, sondern das ist ein Vorteil, weil auch dort eine Expertise besteht. Es geht dann auch ein bisschen in die Richtung von dem, was Herr Zillich angesprochen hat. Das ist nicht schlecht, wenn die Förderbank auch ihre Expertise über die Landesunternehmen hat. Es gehört auch zu diesem Thema dazu, dass das auch eine gewisse Familie darstellt, weil man dann auch wirk-

lich sehen kann, wie sich Investitionen beispielsweise in der Wechselwirkung verhalten. Wir streben grundsätzlich an, das ist aber wahrscheinlich auch heute schon im Unterausschuss diskutiert worden, im Übrigen nicht alles zu verbürgen auch aus genau demselben Grund. Es soll auch den Finanzierern klar sein, dass es immer ein bestimmtes Risiko gibt, was da beizutragen ist. Ich glaube, um es einmal anders herum auszuformulieren, es war die scheinbar seinerzeit preiswerteste Lösung, aber vielleicht nicht die Anreize richtig setzende Lösung, beim Flughafen seinerzeit alles mit 100-prozentigen Bürgschaften zu machen. Wir werden auf jeden Fall schauen, dass wir möglichst nicht mit 100-prozentigen Bürgschaften arbeiten, sondern dass jede Bank auch mit einem Teil im Risiko dort steht. Das kann man zum Beispiel mit 80-prozentigen Bürgschaften oder mit ähnlichen Instrumenten erreichen. Im Übrigen ist das auch für die europäische Ebene, weil es da auch noch mal die Frage gab, ob es da irgendwelche Themen gebe, wenn es denn da etwas gäbe, auf jeden Fall noch mal der bessere Weg. Wir haben aber keine Hinweise, dass es da irgendwelche Bedenken gibt, ganz im Gegenteil.

Herr Melzer hatte noch die Frage nach Rechts- und Beratungskosten im Konzessionsverfahren gefragt. Das stellen wir Ihnen gern zusammen. Das ist auch eine legitime Frage. Allerdings ist es so, was allen klar sein muss, ist, dass das zentrale Argument, das in den Konzessionsverfahren von der Konzessionsinhaberseite vorgebracht worden ist, immer das war, dass das Land Berlin nicht genug Mittel aufgebracht hat. Dort ist immer als Kernbedenken vorgebracht worden, die müssen endlich soundsoviele Leute vorhalten, auch während der ganzen Dauer des Prozesses. Die müssen eigentlich soundsoviele Beraterkombos dabei haben auch für den ganzen Teil des Prozesses. Das war immer das Kernargument, das in den Rechtsverfahren vorgetragen worden ist, nicht das, was Sie vielleicht vermuten, sondern das Umgekehrte. Die haben immer gesagt: Eigentlich müsst ihr mit ganz viel mehr dort sein. Das bitte ich bei der politischen Diskussion auch mit zu bedenken.

Den Vergleich mit der Heuschrecke finde ich jetzt etwas bemüht. Ich verstehe auch, dass es schwierig ist. Ich muss ein paar Gegenargumente finde, und es fällt mir eigentlich nicht so schrecklich viel ein. Den Vergleich mit der Heuschrecke finde ich nicht so sehr passend. Dass die öffentliche Übernahme irgendetwas mit Heuschrecken zu tun hat, das hat, glaube ich, auch Herr Müntefering seinerzeit nicht gemeint. Er hat etwas ganz anderes gemeint. Er würde das Thema Heuschrecke eher gemeint haben, wenn als neuer Eigentümer BlackRock oder was weiß ich wer auftritt. Insofern ist es so, dass das nicht das Thema ist, das damals damit gemeint war. Ich glaube, das wissen Sie auch, Herr Melzer. Insofern bleibt die Frage des Vorteils für Berlin. Das habe ich versucht, am Anfang gleich anzugehen, indem ich gesagt habe, dass es einen strategischen Unterschied gibt. Der strategische Unterschied wird sich für die Stadt auszahlen. Was wir hinbekommen müssen ist, dass der Betrieb nicht schlechter werden darf. Durch die veränderte strategische Ausrichtung soll es besser werden auch unter den angesprochenen Gesichtspunkten.

Dann will ich nur noch einmal auf das Thema verweisen: Natürlich ist es so, dass es da auch immer Spielräume gibt. Da habe ich jetzt vielleicht ein Missverständnis, mir hat es aber noch nicht unmittelbar eingeleuchtet, wo jetzt das Problem von Frau Meister an der Stelle ist, weil es natürlich so ist, dass, wenn das Investitionsprogramm zu jährlich steigenden annuitätischen Abschreibungen oder wie auch immer Berechnungen auf jeden Fall in den Preisen über Abschreibungen führt, es dann ceteris paribus zu steigenden Netzentgelten führt, ja. Wenn aber steigende Lasten im Netz durch zusätzliche Kundenanschlüsse, Elektromobilität usw. eintreten – Netzanbieter haben da Spielräume –, dann führt das dazu, dass es sich dämpfend auf die

Entgeltentwicklung auswirkt. Netze sind immer stromfix. Es wirkt, wenn Sie einen höheren Anteil an Elektrizität durch das Netz durchschieben, was eben gerade, je mehr wir auf Elektromobilität setzen, sehr wahrscheinlich ist, dämpfend. Das ist auch logisch. Das ist aus meiner Sicht auch nachvollziehbar. Wir werden es aber versuchen, in den Antworten noch einmal zu beschreiben. Es ist eben nicht so, dass alle Netzbetreiber in Deutschland alle dasselbe machen, sondern wir werden, nachdem es da eine relativ gemeinsame Startposition gab, vielleicht vor fünf Jahren, wenn wir noch einmal zehn oder 15 Jahre in die Zukunft schauen, unterschiedliche Ausformungen sehen. Da ist der Ehrgeiz, dass die Berliner Ausformung eine ist, auf die wir alle gemeinsam stolz sein können. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich sehe jetzt noch eine Wortmeldung. Gibt es noch weitere? – Doch zwei. Frau Meister, dann noch einmal Frau Dr. Brinker. – Bitte, Frau Meister!

Sibylle Meister (FDP): Ja. Bei 2 Milliarden Euro darf man auch noch einmal eine Nachfrage stellen, zumal es in der Geschichte Berlins nicht nur so ist, dass das Engagement der öffentlichen Hand immer für Effizienz und Tempo stand, wenn ich jetzt einmal an solche Geschichten wie die Berliner Bank denke. Die Bewag hatten wir heute früh schon einmal in anderem Zusammenhang thematisiert. Nicht immer war es glücklich. Das muss man jetzt einmal dazu sagen. Eigentlich hatte ich mich noch einmal gemeldet. Mich hat nachher, muss ich gestehen, Ihre Bemerkung zu BlackRock ein bisschen verunsichert, weil Sie sich schon komplett am Kapitalmarkt über ein Bankenkonsortium finanzieren lassen. Es ist nicht ganz unwahrscheinlich, dass BlackRock am Ende mitfinanziert. Das nur mal so en passant. Gemeldet hatte ich mich aber noch mal wegen des Übergangs der Mitarbeiter. Es ist nicht ganz unwesentlich. Ich erinnere mich immer so, dass für jemanden, der eine besonders lange Betriebszugehörigkeit und deshalb einen besonders langen Kündigungsschutz hat, genau dieser Schutz nach § 613 BGB nach einem Jahr ausläuft. Jetzt ist meine Frage an dieser Stelle nur noch einmal, ob es dort besondere Zusatzvereinbarungen gibt oder wie man das regelt.

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin): Das lässt sich ganz schnell beantworten. Wenn wir eine Firma kaufen mit den Mitarbeitern, dann ist es kein § 613 BGB.

Sibylle Meister (FDP): Dann habe ich das jetzt damit durchdrungen an diesem Punkt.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Dr. Brinker, bitte!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Ich wollte nur an die kartellrechtliche Frage erinnern. Ich kann es aber aufschreiben und um schriftliche Beantwortung bitten.

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin): Ich habe vorhin versucht, es in einem Halbsatz zu erklären. Wir haben da keine Warnsignale.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay. Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann ist der Tagesordnungspunkt vertagt voraussichtlich bis zum 26. Mai und auch bis die Berichte des Wirtschafts- und des Vermögensausschusses vorliegen. – Ich bedanke mich noch einmal bei Herrn Kollatz.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Wir kommen zu

Punkt 9 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|---|
| a) | Vertraulicher Bericht SenInnDS – IV A 32 – vom
04.11.2020
Berliner Bäder-Betriebe – Wirtschaftsplan 2021
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21 | 3281
Haupt
Vertrauliche
Beratung |
| b) | Bericht SenInnDS – IV A 3 – vom 23.12.2020
Berliner Bäder-Betriebe
hier: Ergebnisprognose der Jahre 2020 und 2021
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 02.12.2020) | 3343
Haupt |
| c) | Vertraulicher Bericht SenInnDS – IV A 3 – vom
16.02.2021
Berliner Bäder-Betriebe (BBB)
Personalentwicklungsbericht 2020
gemäß Auflage B. 27 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21 | 1188 D
Haupt
Vertrauliche
Beratung |
| d) | Bericht SenInnDS – IV A 3 – vom 05.09.2020
Berliner Bäder-Betriebe (BBB)
Sachstandsbericht Schwimmhalle Holzmarktstraße
(Berichtsauftrag aus der 62. Sitzung vom 08.11.2019) | 3131
Haupt |
| e) | Schreiben SenInnDS – IV A 3 – vom 20.04.2021
Berliner Bäder-Betriebe (BBB)
hier: Unternehmensvertrag Berliner Bäder Betriebe
(BBB)
gemäß Auflage B. 28 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme | 2778 E
Haupt |

Die roten Nummern sind in der Einladung ebenfalls mitaufgeführt. Ich weise darauf hin, dass gegebenenfalls auch die Nichtöffentlichkeit herzustellen ist und bitte, darauf Rücksicht zu nehmen, wenn Sie Fragen stellen, und es anzumelden, wenn es Dinge berührt, bei denen die Öffentlichkeit auszuschließen wäre. Gibt es von Ihrer Seite aus Wortmeldungen? – Frau Meister!

Sibylle Meister (FDP): Natürlich gibt es dazu Wortmeldungen. Haben wir auch sonst noch irgendwie eine Senatsvertretung?

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Die Verwaltung hat mich gerade darauf hingewiesen, dass Herr Dzembritzki sich noch nicht im Saal befindet, das ist korrekt. Er ist allerdings kurz vor dem Saal. – Da ist er. Wunderbar! – Frau Meister, bitte sehr!

Sibylle Meister (FDP): Dann fange ich in der Vorbereitung schon mal ganz langsam das Reden an. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich freue mich ein bisschen über diesen Unternehmensvertrag, weil ich doch irgendwo denke und hoffe, dass wir damit bei den Bäder-Betrieben ein entscheidendes Stück weiterkommen. Die Bäder-Betriebe begleiten einen in diesem Haus schon wirklich lange und immer unter der großen Überschrift, dass sie noch mehr Zuschüsse und noch mehr Zuschüsse benötigt haben. Vielfach auch kombiniert mit den Wünschen, noch mehr erfüllen zu wollen. Ich glaube, dass wir mit dem Unternehmensvertrag zumindest in eine Richtung gehen, wo klar ist, dass der, der bestellt, auch bezahlt und dass die Bäder-Betriebe ein Stück weit mehr wirtschaftliche Freiheit bekommen, diese Bestellung auch zu erfüllen. Insofern begrüße ich das sehr und finde das erst einmal sehr positiv.

Ich habe zu dem Bäder-Betrieb selbst zwei kleine Fragen: Nun ist es so, dass man da am Anfang ist, und es soll, glaube ich, in zwei Jahren noch mal eine Frist geben, wo man ein bisschen nachtarieren kann. Das ist sicher auch richtig so, dass man sagt, man sammelt ein bisschen Erfahrungen. Ich habe aber zwei Begrifflichkeiten, die ich doch als sehr vage empfunden habe, und zwar heißt es einmal, dass im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge – ganz am Anfang in der Nutzungssatzung – in einem ausgewogenen Verhältnis Wasserflächen zur Verfügung gestellt werden sollen. Dazu würde mich von den Bäder-Betrieben selbst noch mal interessieren, wie dort die Einschätzung ist. Nicht, dass wir jetzt einen schönen Vertrag haben, aber am Ende des Tages nachher mit unterschiedlichen Interpretationen den Inhalt sehen.

Die zweite Frage ist: Ich finde es auch sehr gut, dass in diesem Vertrag einmal die Wasserflächen, einmal der Erhalt und einmal die Infrastruktur endlich mal gesplittet aufgeführt sind. Dann heißt es: Die Kosten für die Entwicklung der Infrastruktur werden durch eine maßnahmenbezogene Kostenprognose ermittelt. – Prognosen gehen in die Zukunft, das macht es immer ein bisschen schwierig und ein bisschen ungenau. Wie bekommen wir da eine möglichst genaue Prognose und genaue Kostenfestsetzungen rein, dass wir nachher nicht den Kosten hinterherlaufen, gerade im Bereich Infrastruktur? Wie gesagt, das wären meine Fragen dazu. Insgesamt begrüße ich das und bin gespannt, wie die Aussage der Bäder-Betriebe dazu ist, und würde hiermit meine Fragen erst einmal beenden; Herr Förster hat nachher noch mehr. – Danke!

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte sehr, Frau Dr. Brinker! Fangen Sie bitte an.

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank! – Erst einmal vielen Dank, dass wir den Unternehmensvertrag vorliegen haben. Ich denke, das ist ein wichtiger und großer Schritt. Ich habe zwei Fragen – zum einen: Wie stellt sich denn im Zuge möglicher Öffnungen – ich meine, heute gelesen zu haben, dass die Bäder eventuell jetzt geöffnet werden könnten/sollten – die Situation, die Finanzlage, dar? Wie schnell oder wie lange brauchen die Bäder-Betriebe, um ab dem Startsignal tatsächlich wieder einen voll funktionsfähigen Bäder-Betrieb herzustellen? Welche Auswirkungen hat das auf die Finanzsituation der Bäder-Betriebe?

Dann ist uns gestern das Projekt Holzmarktstraße zugeschickt worden. Ich konnte es nur grob oberflächlich anschauen. Das sieht erst einmal spannend aus, so wie ich mir das auch vorgestellt hatte. Wie ist da der Zeitplan? Wann geht tatsächlich los? Wann wird das Projekt fertiggestellt sein? Auch eine allgemeine Frage: Das ist auch ein Novum, dass die Berlinovo und die Bäder-Betriebe zusammenarbeiten. Wie hat sich denn die gesamte Zusammenarbeit ge-

staltet? Ist das eine gute Sache für andere Projekte, die man vielleicht auch gemeinsam auf den Weg bringen kann? Da nur eine kurze Idee, einen Erfahrungsbericht, aber wirklich nur kurz – ich will keine schriftlichen Berichte dafür haben – aus Ihrer Sicht, wie sich das darstellte. – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herzlichen Dank! – Herr Förster!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Das ist ein Dauerbrennerthema, das uns auch im Sportausschuss die ganze Zeit begleitet. Deswegen gestatten Sie mir, dass ich auch ein paar mehr Fragen habe, die sich zu diesem gesamten Themenkomplex stellen. Wir haben zum einen noch die rote Nr. 3343, die Ergebnisprognose der Jahre 2020/2021. Ich gehe davon aus, dass die insofern überholt ist, als dass uns im Sportausschuss am 26. März 2021 neuere Zahlen präsentiert worden sind, auch was den Jahresabschluss 2020 betrifft. Im Sportausschuss ist noch von einem Verlust von 4 Millionen Euro die Rede gewesen, ein Nachtragshaushalt in Höhe von 2,4 Millionen Euro und letzten Endes ein kleines Plus von 200 000 Euro, mit den ganzen Dingen, die eingerechnet worden sind. Allerdings war noch offen – also insofern noch die Frage –, welche Zahlen gelten. Ich nehme an, dass die Zahlen vom Sportausschuss von Ende März so valide sind, dass die immer noch als Unternehmensabschluss für 2020 gelten können. Wenn Sie neuere Zahlen haben, dann sagen Sie es uns bitte.

In dem Zusammenhang war auch noch die Frage offen, ob die sogenannten Dezemberhilfen in Anspruch genommen werden konnten. Damals hat Frau Siering für die Bäder-Betriebe für uns im Ausschuss erläutert, dass das aus zweierlei Gründen schwierig sein könnte. Zum einen, weil erklärt werden muss, dass Berlin kein Konzernverbund sei und dass die Bäder-Betriebe in keiner schwerwiegenden wirtschaftlichen Lage sind und dadurch, dass Nachtragshaushaltsmittel in Anspruch genommen werden konnten, beides möglicherweise nicht kompatibel sei. Vielleicht können Sie dazu sagen, ob diese Hilfen mittlerweile in Anspruch genommen werden konnten und wenn nicht, wie sich das auf das Ergebnis auswirkt. Das war jedenfalls bei der Sportausschusssitzung Ende März noch offen.

Dann will ich zum Thema Unternehmensvertrag anmerken: Wir sind als Fraktion froh – das hat die Kollegin Meister schon gesagt –, dass der Vertrag vorliegt. Ich will an der Stelle aber auch sagen, die Art und Weise, wie er uns lange Zeit nicht vorgelegt wurde, freut mich nicht. Wir hatten im Sportausschuss eigentlich seit bald einem Jahr adressiert, dass wir diesen Vertrag vorgelegt bekommen sollten und wollten. Das hat man uns im Oktober 2020 zugesagt, dann hat man uns immer wieder vertröstet, dann hieß es, nach dem Senatsbeschluss der Innen- und Sportsenator und der Regierende Bürgermeister hätten pandemiebedingt vier Wochen keine Zeit gefunden, den Vertrag zu unterzeichnen. Vielleicht kann man im Senat die Abläufe optimieren. Das hat uns als Ausrede, warum der nicht vorgelegt werden kann, auch nicht überzeugt. Dann haben wir immer noch eine Fassung vorliegen, auf der steht: Entwurf 04.01.2021. Was ist denn die endgültige Fassung? Von welchem Datum stammt die endgültige Fassung, und gibt es noch Abweichungen zu diesem Entwurf vom 04. Januar 2021? Das ist auch nicht ganz befriedigend, dass wir immer noch mit einer Entwurfsvorlage arbeiten.

Dann will ich zu zwei Punkten nachfragen, was uns im Hinblick auf die Bäder-Betriebe auch beschäftigt hat: Das eine ist das Thema Umsetzbarkeit der entsprechenden Ziele, also verlässliche Öffnungszeiten in Schwimmbädern, die Steigerung der Wasserzeiten. Wir haben letzte Woche interfraktionell beschlossen – ein Antrag der Koalition, dem alle Fraktionen zuge-

stimmt haben –, das Thema Schulschwimmen mit einer höheren Priorität zu adressieren. Da stellt sich schon die Frage, inwieweit diese Ziele, die im Unternehmensvertrag dargelegt sind, insbesondere beim Thema Schulschwimmen noch mal angepasst werden müssen, weil das erklärte Ziel des Antrags ist, mehr Wasserzeiten und mehr Schwimmzeit zur Verfügung zu stellen, damit die zweieinhalb Jahrgänge, die im Schulschwimmen pandemiebedingt in Rückstand geraten sind, das nachholen können. Das muss sich auch irgendwie niederschlagen.

Dann war uns ein wichtiges Anliegen – was bisher auch noch nicht so ganz funktioniert hat –, den Sanierungs- und Investitionsstau möglicherweise gerade während der Schließzeiten ein Stück weit schneller beheben zu können. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen, inwieweit das gelungen ist oder inwieweit entsprechende Maßnahmen getätigt worden sind.

Zur Holzmarktstraße – ich nehme an, der Kollege Bertram wird da noch etwas umfangreicher ausholen, deswegen mache ich es kurz –: Da ist es keinesfalls so, dass das für uns im Sportausschuss bisher ein Gewinnerthema war. Wir haben seit dem 1. November 2019 die Entwidmungsvorlage für die Holzmarktstraße vorliegen, wir hatten damals im Sportausschuss mehrfach adressiert, dass sich noch eine ganze Reihe von Fragen stellen, die wir beantwortet haben wollten. Wenn wir nicht durch Zufall am 26. März 2021 mal nachgefragt hätten, wie der Stand ist, hätten wir wahrscheinlich auch heute noch keine Vorlage mit bunten Bildern. Ich möchte an der Stelle ausdrücklich sagen, dass auch der Sportausschuss diese Vorlage eigentlich schon längst hätte bekommen sollen, dass sich am Ende die Frage, was da reinkommt – Kommen da Studierendenwohnungen rein? Kommt da Gewerbe rein? Kommt dort Wohnen rein? –, immer wieder modifiziert gestellt hat und wir bis heute auf die Fragen vom 26. März 2021, aber auch auf die Fragen vom November 2019 zumindest im Sportausschuss noch keine befriedigende Antwort hatten. – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herr Bertram!

Philipp Bertram (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Es wird wahrscheinlich auch etwas umfangreicher, wir behandeln ja fünf Nummern gleichzeitig. Ich will mit dem Unternehmensvertrag, oder besser gesagt, dem Bäder-Vertrag unter e) anfangen. Ich glaube, das ist gut, dass wir den im Hauptausschuss haben. Das war ein sehr langer Prozess, da hat der Kollege recht; man hat lange auf den Vertrag gewartet. Dass dieser Vertrag gut ist, wird daran deutlich, dass er vor allem Rahmenbedingungen setzt und einen Fahrplan definiert, wie man die Bäder-Betrieb als Landesunternehmen in die Richtung aufstellen kann, wie wir es auch als Parlament erwarten, und diese gegenseitige Verpflichtungserklärung, die man damit abgibt, auch vertraglich geregelt wird. Das ist ein relativ großer Erfolg, weil wir damit eine Chance haben, uns von dem Modus, wie wir die letzten Jahre immer gehandelt haben, zu verabschieden – also immer nur zu sagen, was es mehr braucht, ohne genau eine Gegenleistung zu kennen. Der Vertrag als solcher wird nicht alles auf einmal von selbst lösen, sondern es kommt darauf an, wie dieser Vertrag gelebt wird und dass diese Verfahren, wie sie beschrieben werden, am Ende auch umgesetzt werden.

Deswegen bin ich auch froh, dass wir die Kenntnis davon haben – aber es kann vielleicht gleich noch mal dargestellt werden –, dass für die laufenden Planungen schon nach dem Modus, wie es der Vertrag vorschreibt, gearbeitet wird. Wenn Herr Kollege Förster das Thema Schulschwimmen adressiert und wenn man dem Vertrag folgt, dann ist die Frage, wie die

Wasserflächenplanung innerhalb des Vertragswerks ausgelegt wird. Da wird es eine Anpassung in den nächsten Belegungsrounds geben, auch für die Kurz- und Mittelfristplanung muss das nachjustiert werden, und sich dementsprechend auch die Kostenfrage klären muss, weil jede unterschiedliche Nutzung auch ein unterschiedliches Preisschild am Ende hat. Ich glaube, mit Blick auf den Unternehmens- oder Bäder-Vertrag ist aber absolut notwendig, dass es diese Revisionen in zwei Jahren gibt, die auch zu einem Zeitpunkt stattfinden wird, wo die Haushaltsaufstellung für den Haushalt 2024/2025 laufen wird und damit zum richtigen Zeitpunkt kommt, um nachjustieren zu können. Das müssten dann alle Nachfolgerinnen und Nachfolger hier auch im Blick behalten, dass man sich damit auch hier im Ausschuss rechtzeitig beschäftigt.

Ansonsten hätte ich an dem Punkt die Bitte, dass wir diese Nummer auch dem Sportausschuss zur Verfügung stellen, dass er diese auch zur Kenntnis nehmen und entsprechend fachlich vertieft beraten kann. Ich will dann aber kurz zum Wirtschaftsplan 2021 kommen. Ich will keine gezielten Fragen zum Inhalt stellen, sondern habe die Bitte nach einem Nachfolgebericht, noch mal gesondert darzustellen, wie die kurz-, mittel- und langfristige Planung standortkonkret für den investiven Bereich aussieht – das heißt für Sanierungen und Neubau. Das muss nicht vor der Sommerpause geliefert werden, aber nach der Sommerpause wäre, glaube ich, ein geeigneter Termin für eine aktualisierte Vorlage dieser Planung.

Bei b), die Ergebnisprognose 2021, wäre es, glaube ich, gut, einen Folgebericht zu haben, der die aktuellen Kennziffern uns zur Kenntnis gibt. Sie hatten in der Ergebnisprognose für 2021 drei Szenarien aufgemacht und keines der drei Szenarien ist eingetreten. Irgendwie muss die Wahrheit der Kennzahlen irgendwo in der Mitte von allen liegen. Deswegen wäre es gut, da aktualisierte Zahlen vielleicht bis zur Sommerpause zu bekommen.

Unter c) habe ich keine Fragen und komme damit zu d), der Holzmarktstraße. An der Stelle – ich freue ich mich auch, dass Herr Aleithe da ist – habe ich die Frage, wie der Sachstand ist. Wir haben die Bilder gesehen, aber die Frage ist, wie sie in die Umsetzung kommen. Bleiben Sie bei der Form eine gemeinsame Projektgesellschaft zu gründen und wenn ja, wie wird die rechtlich ausgestaltet? Was ist das gesellschaftsrechtliche Konstrukt, was Sie dort wählen wollen, um in die Umsetzung des Projekts zu kommen? Daran anschließend stellt sich die Frage, wie Sie für das Projekt finanziell kalkuliert haben. Mit welchen Prämissen arbeiten Sie? Es ging immer wieder darum, dass das Grundstücksgeschäft zwischen der Berlinovo und den Bäder-Betrieben zu tragen kommen soll, mit dem Verkauf des Grundstücks der Schwimmbadbau finanziert werden soll. Wir haben aber schon erste Meldungen gehört, dass das am Ende die Baukosten nicht komplett stemmen könnte. Wie ist da der aktuelle Sachstand, und warum haben Sie sich wahrscheinlich jetzt entschieden, trotzdem bei dem Modell zu bleiben? Wie gehen Sie mit der Restsumme um?

Die finanzielle Frage stellt sich auch bei der Berlinovo, wie Sie mit dem Plan, den Sie uns vorgestellt haben, kalkulieren – also dem Mix zwischen Wohnen und Gewerbe- und Büroflächen. Wenn man sich dahingehend die Vorlage anschaut, ist – zumindest für mich, der vielleicht in der Hinsicht etwas Laie ist – eine Fragestellung aufgekommen: Wir haben ungefähr 10 000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche für den Apartmentbereich, also den Wohnbereich, und knapp die Hälfte davon noch mal für Büroflächen. Jetzt befindet sich die Holzmarktstraße in direkter Umgebung zur Mercedes-Benz-Arena mit dem gesamten Komplex, wo überall Büroflächen vorhanden sind – auch um den Ostbahnhof entstehen neue, es stehen auch wel-

che leer, genauso am Alex, der auch – sage ich mal – in Reichweite um die Ecke ist. Auf welcher Grundlage basiert also die Annahme für die großen Büroflächen, und wie stellt sich das für Sie in der Kalkulation dar? Wenn Sie das jetzt nicht beantworten können, wäre das in einem Folgebericht ganz gut. Der letzte Punt für einen Folgebericht wäre dann das Thema Zeitmaßnahmen und Finanzierungsplan für das Ganze. Das wäre super, wenn Sie uns das bis zur Sommerpause noch mal verschriftlichen könnten. – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herzlichen Dank! – Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank! – Ich habe auch drei Themenkomplexe, die mich interessieren. In der Tat ist hier auch schon mal die Frage angesprochen worden, wie der Schwimmschulunterricht auch mit den Defiziten, die wir durch Corona hatten, in diesem und im nächsten Jahr verstärkt ausgestattet werden kann und wie das nachgeholt werden kann.

Dann haben wir in den Medien wiederholt gelesen, dass der Regierende Bürgermeister vorge schlagen hat, dass insbesondere Familien mit Kindern die Nutzung der Bäder bevorzugt bzw. gratis angeboten werden soll. Was schätzen Sie da für Kosten und wie und wo sind die in Ihrer Planung etatisiert? In welcher Größenordnung rechnen Sie auch hinsichtlich der Nutzungszeiten?

Der dritte Punkt betrifft noch mal das Projekt am Holzmarkt. Da, Herr Vorsitzender, würden wir gerne bis Montag zwei, drei Nachfragen einreichen, und da würde ich mich auch über einen Bericht vielleicht dann zur Juni-Sitzung freuen. Vielleicht kann man das mit dem, was der Kollege Bertram gesagt hat, verbinden, weil die Fragen, die er gestellt hat, sich uns auch stellen. Wir müssen mal konstatieren – und da gibt es unter den Kolleginnen und Kollegen hier im Haus, die sich mit der Stadtplanung befassen, keine so großen Unterschiede –, dass das, was rund um die Mercedes-Benz-Arena errichtet wurde, eigentlich etwas ist, was wir städtebaulich heute nie mehr genehmigen würden. Das ist nicht schön, da ist Bürofläche, da ist Systemgastronomie, das hat gar keine urbane Qualität. Insofern muss man sich schon die Frage stellen, ob wir drum herum liegende Areale, die wir noch entwickeln können, ähnlich – ich sage mal – langweilig und an der Idee einer lebendigen Stadt vorbei entwickeln wollen.

In dem Zusammenhang stellt sich die Frage der Wirtschaftlichkeit, die Frage, ob und was für Büroflächen wir dort haben wollen, die Frage, wer da welches Konzept mit welcher Begründung erstellt hat, wie sich das am Ende rechnet, die Frage der bauplanungsmäßigen Einordnung mit den Fragen der umliegenden Bebauungsvorhaben oder Nutzung, die Frage des Rücksichtnahmegebots und die Frage der planungsrechtlichen Grundlage für diese Areal. Dazu, glaube ich, gibt es einen hohen Informations- und Aufklärungsbedarf. Das ist uns allen nicht sehr klar. Das Badprojekt macht total Sinn – da war ein Bad, da soll wieder eins hin, aber nur, weil wir da wieder ein Bad haben wollen, heißt das nicht, dass wir städtebaulich andere Nutzungen und Konzepte einfach mit in Kauf nehmen, die an sich und für sich genommen fragwürdig sind. – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herzlichen Dank! – Aus dem Ausschuss heraus sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Bevor wir zur Beantwortung kommen, begrüße ich nicht nur den Herrn Staatssekretär und seinen Mitarbeiter, sondern ich begrüße auch für die Geschäftsführung der Berlinovo Herrn Aleithe und für den Vorstand der Berliner Bäder-

Betriebe Herrn Dr. Kleinsorg. Herr Staatssekretär, ich würde Ihnen zunächst mal gerne das Wort geben!

Staatssekretär Aleksander Dzembitzki (SenInnDS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Meister! Herzlichen Dank für die Rückfragen! – Frau Meister! Sie hatten nach dem ausgewogenen Verhältnis gefragt. Wenn ich das richtig im Kopf habe, ist das § 2 Abs. 6. Da geht es um die Nutzergruppen, also das Schulschwimmen, das öffentliche Schwimmen und das Vereinsschwimmen. Das soll entsprechend in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden. Ich darf daran erinnern, dass im Bäderanstaltsgesetz steht, dass mindestens 50 Prozent der Wasserzeiten für das öffentliche Schwimmen zur Verfügung gestellt werden sollen. Sie, werte Abgeordnete, haben auch gefordert, dass alles Mögliche dafür getan werden soll, dass mehr öffentliches Schwimmen möglich ist, also Öffnungszeiten verlängert werden, Wochenendöffnungszeiten etc. Das ist an der Stelle damit gemeint, dass wir das entsprechend voranbringen wollen.

Herzlichen Dank auch für die positiven Rückmeldungen zum Unternehmensvertrag, zumindest zum inhaltlichen Teil des Unternehmensvertrags! – Herr Förster! Ich kann nur sagen: Tut mir leid, dass das so ein langer Prozess gewesen ist. Es war aber ein sehr inhaltlich getriebener Prozess. Wir haben sehr viel gelernt. Wir mussten viele Schleifen drehen, auch mit dem europäischen Recht. Es war also kein ganz einfacher Prozess, den wir durchlaufen haben. – Zu Ihrer Frage, Herr Förster: Das, was dort jetzt steht, ist deshalb der Entwurf, weil Sie dem noch nicht zugestimmt haben. Solange ist es eben die Entwurfsfassung. Tatsächlich ist aber die Fassung, die Ihnen vorliegt, die letzte Fassung. Ich würde mich freuen, wenn Sie dem zustimmen und wir dann aus der Entwurfsfassung die richtige Fassung machen.

Herr Goiny hatte gefragt, wie es mit dem Nachholen des Schwimmunterrichts aussieht. Es gibt eine Vereinbarung zwischen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sowie den Berliner Bäder-Betrieben und dem Berliner Schwimmverband, unterstützt vom Landessportbund, dass wir Ferienkurse aufsetzen. Auch das war ein Wunsch aus dem parlamentarischen Raum: dass wir alles dafür tun, die Zeiten, die nun in diesem Jahr verloren gegangen sind, möglichst schnell nachholen. Geplant ist, dass wir innerhalb der nächsten drei Jahre alles Mögliche dafür tun, dass vor allem der Jahrgang, der dieses Jahr betroffen war – aber auch, wenn im nächsten Jahrgang und den nächsten Jahrgängen Kinder dabei sind, die in der dritten Klasse das Schwimmenlernen nicht schaffen –, aufgefangen werden kann und wir das intensivieren.

Außerdem haben wir mit dem Schulschwimmzentrum im Wedding sehr gute Erfahrungen gesammelt. Auch das soll weiter ausgebaut werden, um den Unterbau dafür zu schaffen, dass die Nichtschwimmerquote noch weiter zurückgeht. Wir sind im unteren zweistelligen Bereich. Das ist nach wie vor zu viel, wir sind aber bundesweit immerhin ganz weit vorn damit, wie viele Kinder bei uns schwimmen lernen. Das also als Positives. – Herr Goiny! Ich gebe Ihnen aber recht, wenn Sie jetzt sagen werden, das ist immer noch zu viel. Da bin ich ganz bei Ihnen, und deshalb tun wir sehr viel dafür, dass die Quote noch besser wird. Hätten wir Corona nicht gehabt, hätten wir Ihnen – darin bin ich mir ganz sicher – gerade mit dem Aufsetzen der Schulschwimmzentren noch bessere Daten vermitteln können.

Da die Nachfrage zum kostenfreien Schwimmen kam und zu dem, was der Herr Regierende Bürgermeister und der Innensenator verkündet haben: Wir sind in der Prüfung, was das kostet und wie wir es umsetzen. Ich denke aber, darin sind wir uns alle einig, dass das eine gute Entscheidung ist und wir damit für diejenigen, die nun sehr gelitten haben, eine Lösung gefunden haben oder finden werden, die wieder einiges gutmacht von dem, auf was die Kinder verzich-

ten mussten. – Das erst einmal aus meiner Sicht. Mit dem Einverständnis des Vorsitzenden würde ich gern an Herrn Dr. Kleinsorg und dann an Herrn Aleithe für die Berlinovo übergeben, dass die beiden Herren auch antworten können. – Herzlichen Dank!

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herzlichen Dank! – Dann Herr Dr. Kleinsorg, bitte!

Dr. Johannes Kleinsorg (Berliner Bäder-Betriebe; Vorsitzender des Vorstands): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will heute gern etwas zum Thema Holzmarktstraße sagen und versuchen, Ihre Fragen zu beantworten. Es gab eine übergreifende Frage von Frau Meister: Wie läuft die Zusammenarbeit? – Ich kann nur sagen, ich habe Herrn Aleithe ganz früh nach meinem Antritt kennengelernt und besucht, und wir haben uns früh abgestimmt. Die Zusammenarbeit läuft sehr gut, von Anfang an. Wir haben gemeinsame Teams, die an den Themen arbeiten, und wir arbeiten sehr sachorientiert an den vielfältigen Fragestellungen, die es zu beantworten gibt, und haben das in den letzten Monaten weiter intensiviert. Worauf ich durchaus hinweisen will: Wir arbeiten sozusagen in zwei Arbeitssträngen. Der eine Arbeitsstrang klärt alle rechtlichen und kaufmännischen Fragen.

Der andere Arbeitsstrang, den wir parallel begonnen haben, arbeitet bereits inhaltlich an dem Projekt. Hier ist die Berlinovo dankenswerterweise in Vorleistung gegangen und hat bereits Architekturbüros und Planer beauftragt. Das kann Herr Aleithe sicherlich gleich noch detaillierter darstellen, insbesondere die Frage, was dort schon alles passiert ist. Wir sind jetzt in der Planungsphase HOAI 2 angekommen. Das, was Ihnen vorgelegt wurde, ist sozusagen das Ergebnis dieser Phase. – Herr Aleithe! Sie werden sicherlich gleich noch tiefer darauf eingehen können. – Insofern haben wir auch einen klaren Zeitplan für beide Arbeitsprozesse, Arbeitsstränge.

Der kaufmännisch-rechtliche Arbeitsstrang: Es gab verschiedene Fragen zum Thema Projektentwicklungsgesellschaft. Das war unsere bisherige These. Wir sind jetzt in der Kenntnislage gemeinsam fortgeschritten. Auch was die finanzielle Struktur angeht, sind wir noch einmal einen Schritt weiter. Wir bewegen uns immer noch im Bereich der Schätzungen, aber vor diesem Gesamthintergrund haben wir jetzt die Frage gestellt, wie man die rechtliche Struktur möglichst einfach und klar gestalten kann. Wir prüfen derzeit eine Struktur, die ausschließlich auf Verträgen basiert, also einem Teilgrundstückskaufvertrag und späteren weiteren Verträgen. Das würde uns ermöglichen, die Gründung einer Projektentwicklungsgesellschaft, die dann nach Durchführung des Baus wieder aufgelöst werden würde, zu vermeiden. Wir würden also vermeiden, dass wir zwischenzeitlich eine gesellschaftsrechtliche Form annehmen müssen, nur um sie wieder aufzulösen. Wir gehen im Augenblick davon aus, dass sich das vermeiden lässt und wir auf Vertragsbasis zueinanderfinden.

Jetzt war noch die Frage, wie die Finanzierungssituation aussieht. Wir gehen im Augenblick von der These aus, dass es uns gelingt, den Wert des Grundstücks mit den Kosten für den Bau des Schwimmbades so in Waage zu halten, dass das plus/minus null ausgeht. Wie Sie aber alle wissen, sind Bauvorhaben immer mit einer gewissen Anzahl von Risiken verbunden. Wir werden den Umgang mit diesen Risiken klären und uns darauf verständigen müssen. Sollte ein Delta bleiben, dann werden wir uns natürlich noch mit der Finanzierung dieses Deltas auseinandersetzen müssen. – Das ist der Stand dazu.

Wir haben einen Zeitplan, der verschiedene Meilensteine vorsieht. Sie hatten darum gebeten, dass wir das in einem schriftlichen Bericht darlegen. Das können wir gerne kurzfristig tun. – Die anderen Fragen bezogen sich auf die konkrete Gestaltung des Bauvorhabens. Dazu würde ich jetzt nicht weiter ausführen, dazu könnte wahrscheinlich am besten Herr Aleithe etwas sagen.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Ich sehe die Wortmeldungen, zunächst aber hat Herr Aleithe das Wort. – Bitte sehr!

Alf Franz Aleithe (Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH): Recht herzlichen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Das, was Sie vorliegen haben, ist in der Tat ein Zwischenstand der Leistungsphase 2, eine entsprechende Vorplanung. Das soll einen Eindruck vermitteln, welches architektonische Konzept und welche städtebauliche Idee dem zugrunde liegen. An dieser Idee und an diesem Konzept arbeitet derzeit das Planungsteam, insbesondere in Abstimmung mit der Stadtplanung des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg. Da wird es sicherlich in den nächsten Wochen noch Veränderungen geben, insbesondere, was die Ausprägung des Büros betrifft, denn eine der Fragen, die hier im Vordergrund stand, war: Wie ist das bauplanungsrechtlich eingeordnet? Wo kommt die Bürofläche insofern her?

Hintergrund der Überlegungen ist, dass wir hier ein M1-Mischgebiet und erhöhte schallschutztechnische Anforderungen haben. Insbesondere der Teil des Büros soll dafür sorgen, dass die Schallemission letztendlich von den Wohnflächen abgewendet wird. Dies ist jetzt in der Diskussion mit den Planern im Planungsbüro Eller + Eller, die maßgeblich als Generalplaner für dieses Projekt verantwortlich zeichnen. Dahinter steht ein Fachplaner-Team, das sich seit Dezember sehr intensiv mit den schallschutztechnischen und sonstigen Anforderungen auseinandersetzt und dieses Objekt in seinem Planungsstand weiter vorantreibt. Die Gewerbefläche teilt sich auf ca. 2 200 Quadratmeter Fläche im Sockelbereich auf und soll um die Schwimmhalle herum ergänzt werden – und, Stand heute, 5 500 Quadratmeter Bürofläche. Ich denke, dass es uns gelingen wird, hier in Abstimmung mit dem Bezirk und dann auch der stattfindenden Partizipationsverfahren einen Nutzungsmix aufzuzeigen, der dem Kiezcharakter, den wir hier zum Ausdruck bringen wollen, letztendlich gerecht wird.

In der Tat arbeitet das Planungsteam in Kombination mit dem Team der Bäder-Betriebe, unserem Team und darüber hinaus einem Projektsteuerer sehr intensiv an dem Thema. Ich kann bestätigen, dass die Zusammenarbeit mit den Berliner Bäder-Betrieben sehr gut funktioniert. Es ist ein sehr fruchtbarer Austausch, dergestalt, dass wir die Interessen der Bäder-Betriebe, was die Schwimmhalle betrifft, entsprechend eins zu eins in der Planung umsetzen wollen.

Den Zeit- und Maßnahmenplan würden wir dann gern in dem schriftlichen Bericht noch einmal konkretisieren wollen. Das hängt damit zusammen, dass wir auf den Gesprächen aufbauend jetzt mit dem Bezirk auch das Thema Genehmigungsfähigkeit besprechen. Die Leistungsphase 2 bringt mit sich, dass man dort die grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit bespricht. Ich glaube, wir sind sehr gut aufgestellt, sodass wir innerhalb der nächsten Wochen bis zur Sommerpause die von Ihnen noch eingeforderten Informationen, auch noch einmal, was die Kalkulationsgrundlage betrifft, detailliert aufbereiten und Ihnen zur Verfügung stellen können. Denn Gegenstand der Leistungsphase 2 ist letztendlich auch eine detaillierte Kostenschätzung, und die liegt dann mit Abschluss dieser Phase vor.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herzlichen Dank! – Wir haben noch vier weitere Wortmeldungen. – Herr Förster!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will noch einmal in Richtung Bäder-Betriebe fragen: Meine Frage, was die haushalterischen Abschlüsse für 2020 betrifft, ist noch nicht beantwortet worden. Ich hatte darauf verwiesen, dass uns im Sportausschuss am 26. März 2021 andere – und offenbar neuere Zahlen als hier in der alten Vorlage von 2020 – genannt worden sind. Da war von einem Verlust von 4 Millionen Euro die Rede, im Nachtragshaushalt 2,4 Millionen Euro, die in Anspruch genommen wurden, 1,8 Millionen Euro aus der haushalterischen Bewirtschaftung Sport, und am Ende hätte es sogar zu einem Plus von 200 000 Euro gereicht. Ist das immer noch der aktuelle Stand? Können Sie das bitte noch einmal darstellen, damit wir das auch genauer wissen?

Meine zweite Frage war: Konnten Sie nun für die Bäder-Betriebe die Dezemberhilfe in Anspruch nehmen oder nicht? – Da ging es immerhin um eine halbe Million Euro. Falls nein: Wie werden die Hilfen dann gegebenenfalls ausgeglichen? – Denn das war damals noch offen, wie die Hilfen entsprechend kompensiert werden sollen, falls sie nicht in Anspruch genommen werden können.

Dann will ich zur Holzmarktstraße gerne noch einmal sagen – und das geht ein bisschen in die Richtung wie das, was der Kollege Goiny schon ansprach: Wir haben nun durch Corona zunehmend zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich die Arbeitsmodelle ändern, und wir haben gerade in dem Bereich um die Mercedes-Benz Arena herum erheblichen Leerstand zu verzeichnen: Gebäude, in denen mindestens die Hälfte der Bürofläche noch leer steht. Deswegen die Frage in Richtung Berlinovo – das kann aber gern auch noch im Bericht dargelegt werden –, ob die entsprechenden Wirtschaftlichkeits- und Bedarfsanalysen angepasst sind auf die Situation im Mai 2021. Liegen wir denn mit diesen mehreren Tausend Quadratmetern Bruttogeschossflächen für reine Büroflächen von der heutigen Situation ausgehend zeitlich wirklich noch richtig, oder sollte man nicht noch auf mehr Flächen für studentisches Wohnen setzen, was ja auch ein Anliegen war, das an der Stelle zu realisieren? Wäre das nicht die zukunftsfähigere Variante? Denn studentischer Wohnraum fehlt und wäre an der Stelle, glaube ich, gut nachgefragt. Müsste man möglicherweise nicht gerade den Anteil von Gewerbeflächen herunterfahren und den von studentischem Wohnen hochfahren? – Das wäre eine These, die ich in den Raum stellen würde, gerade auch vor dem Hintergrund der Nachfrage, die sicherlich beim studentischen Wohnen sehr hoch ist und beim Gewerbe abnehmend.

Ich will an der Stelle noch darauf hinweisen: Sie können schon in der HOAI-Planungsphase 2 sein, aber die Grundlage des ganzen Handelns ist zunächst einmal eine Entwidmung, weil wir dort auch eine entsprechend gewidmete Sportfläche haben. Die Vorlage vom November 2019 – ich hatte schon darauf hingewiesen – wurde seitdem vertagt, weil noch etliche Fragen nicht beantwortet worden sind. Wir hatten uns im Ausschuss eigentlich fraktionsübergreifend darauf verständigt, dass es vom Senat eine neue Vorlage geben sollte. Kollege Bertram hatte damals auch adressiert, dass man eigentlich die alte Vorlage zurückziehen kann, weil sie so nicht mehr beschlussfähig ist. Sie ist mittlerweile längst überholt. Deswegen auch in Richtung Senat gefragt: Wir sind gern bereit, in dieser Wahlperiode noch zu beschleunigen und das auf den Weg zu bringen. Wenn Sie bis Mitte September eine durch dieses Parlament bestätigte Entwidmung der Sportfläche haben wollen, müssen Sie aber vielleicht einmal in die Gänge

kommen, erstens die alte Vorlage zurückziehen und zweitens überarbeiten und uns vorlegen. Wir sind auch bereit, das im Sportausschuss schnell zu behandeln, aber ohne die Entwidmung der Sportfläche – Sie kennen das Problem, da können Sie noch HOAI-Phasen-sonst-was ausschreiben – werden Sie am Ende kein rechtsfähiges neues Gebäude errichten können; ich will nur darauf hinweisen. Deswegen ist die gewisse Beharrlichkeit vom Senat an der Stelle für mich nicht nachvollziehbar, weil wir da eigentlich gemeinsam in die Gänge kommen müssten.

Dann hätte ich noch die Frage zur Bauausführung gestellt. Wir haben hier wunderbare Bilder zur Holzmarktstraße gesehen. Was wird das denn für ein Gebäude sein? Wird es aus Holz gebaut, wie der Name „Holzmarkt“ nahelegt? Ist es dann nur eine Betonfassade? – Das sind ja jetzt nur Simulationen. Ich sehe auch Bäume auf dem Dach. Da müssten jetzt wahrscheinlich nach den neuesten gesetzlichen Ansprüchen Solarzellen stehen. Die Frage wäre, ob man vielleicht noch irgendwie eine Sportanlage aufs Dach legen kann. Man kann sich auch eine gemischte Nutzung vorstellen. Wie sind denn da die entsprechenden Details? – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Frau Meister!

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Ich hatte mich in dem Moment gemeldet, in dem Herr Dr. Kleinsorg meinte: Wir gucken jetzt mal, was es kostet, und dann schauen wir uns am Ende des Tages das Delta an. – Das, muss ich gestehen, finde ich kein ganz zielführendes Vorgehen. Insofern wäre es wirklich sinnvoll, wenn wir eine Vorlage bekommen, in der steht, was der Spaß kostet. Wenn jetzt einer studentisches Wohnen und Bürofläche baut – das wird ja im Moment unterschiedlich eingeschätzt, wie sich das entwickeln wird, ich bin da nicht ganz so pessimistisch –, dann macht derjenige im Normalfall ein Preisschild dran und überlegt sich, was er dafür an Miete nehmen könnte, damit sich das am Ende des Tages rechnet. Das Gleiche gilt für die Gewerbeflächen unten. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob der Supermarkt groß genug geplant ist, aber das werden die Architekten besser wissen. – Wir sollten einmal einen Überblick haben, was das Projekt in Ihrer Planung jetzt wirklich kostet und mit was für Einnahmen dort gerechnet werden kann. Über eine entsprechende Vorlage würde ich mich also freuen. – Danke!

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herzlichen Dank! – Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Der Grund meiner Wortmeldung war der gleiche wie bei Frau Meister. Ich hoffe also nicht, dass Sie uns erzählen wollen, Sie fangen mit solch einem Projekt an, dann hoffen Sie, dass es gut geht, die Gesamtfinanzierung ist nicht gesichert, und wenn es dann am Ende nicht klappt, gucken Sie mal weiter. – Da würde ich doch darum bitten, dass, wenn wir uns hier näher mit dem Projekt befassen, auch die Finanzierung ordnungsgemäß geregelt ist. – Was ich vorhin vergessen hatte, zu beantragen, Herr Vorsitzender, ist, dass wir zu dem Punkt noch ein Wortprotokoll bekommen. – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herzlichen Dank! Das haben wir vermerkt. – Herr Bertram!

Philipp Bertram (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch für die ersten Antworten! Auch wir begrüßen das Projekt einer Kooperation zwischen landeseigenen Unternehmen. Das ist für die Stadt vielversprechend. Wenn uns das hier gut gelingt, kann das

auch an anderen Stellen ein Modell sein. Wir werden vielleicht auch einmal andere Bäder anfassen müssen.

Die Fragestellung ist – und ich habe mich an der gleichen Stelle gemeldet wie meine beiden Vorredner –, dass solche Kooperationen für das Land natürlich irgendwie einen Vorteil haben müssen. Die Frage nach dem Preisschild ist entscheidend, also zum einen danach, was für Apartments, Gewerbefläche und Bürofläche, aber zum anderen natürlich auch für das Schwimmbad herauskommt. Die Frage, die sich natürlich auch in der Kalkulation der Finanzierung des Projekts stellt, ist: Welchen Stellenwert hat dabei dieser Grundstücksverkauf? Ist dieser Grundstücksverkauf ein Preistreiber für das, was als Endergebnis herauskommt, und müsste man, wenn das so ist, nicht noch einmal über andere Modelle nachdenken, wie man diesen Vorteil von landeseigen zu landeseigen ausnutzen könnte? Gibt es vielleicht auch andere Modelle, wie man dieses Projekt realisieren kann – Schwimmbad mit Überbau von Wohnungen und Co. –, ohne dass zu Marktkonditionen ein Grundstücksgeschäft stattfindet? – Das ist ein Stück weit die Frage, denn die Lücke in der Finanzierung müsste, um hier noch einmal eine Bewertung vornehmen zu können, tatsächlich bis zur Sommerpause geklärt werden, dass wir hier eine Hausnummer haben, wie sich das Ganze am Ende darstellt.

Die letzte Frage, die Sie hier noch beantworten können, ist, was das Fertigstellungsziel des Gesamtprojekts ist und wann wir mit einer Nutzung der Schwimmhalle rechnen können.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herzlichen Dank! – Die Verwaltung hat mich gebeten, darauf hinzuweisen, dass der Auflagenbeschluss, den das Abgeordnetenhaus zum Unternehmensvertrag beschlossen hat, in der Form nicht einzuhalten ist, weil zunächst einmal unter uns der Unternehmensvertrag erst nach Abschluss zugereicht wurde, und zweitens, weil die Beschlussfassung zwar eine Zustimmung vorsieht, die Vorlage in der jetzigen Form allerdings eine Zuerkennungsnahme ist. – Es ist meine Aufgabe, Sie darauf hinzuweisen. Alles andere ist dann Sache der Fraktionen, darüber gegebenenfalls zu diskutieren.

Außerdem, um die Beiträge von Herrn Bertram und Herrn Goiny aufzunehmen, würde ich gerne festhalten wollen – und hoffe auf Ihre Zustimmung –, dass wir zunächst einen Bericht zu bestimmten Fragen gerade zur Holzmarktstraße und Ähnlichem zum 9. Juni vorsehen würden und einen Bericht zum voraussichtlichen Jahresergebnis – Herr Bertram, Sie sagten – im August? – Oder nach dem Sommer, sagten Sie wortwörtlich. Da käme vielleicht der 25. August in Betracht. Wir haben dann im September nur noch eine einzige Sitzung. Außerdem hat Herr Goiny darauf hingewiesen – auch das würde ich gerne noch im Protokoll festhalten wollen –, dass Fragen diesbezüglich noch bis Montag einzureichen sind. – Herr Bertram! Sie haben sich gemeldet. – Bitte sehr!

Philipp Bertram (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Eine Korrektur würde ich vornehmen: Das, was man bis zur Augustsitzung machen könnte, war der adressierte Bericht zur Aktualisierung der kurz-, mittel- und langfristigen Investitionsplanung, auch standortkonkret. Was man aber bis zur Sommerpause hinbekommen sollte, wäre ein Bericht für die aktualisierten Kennzahlen 2021, in welchem Szenario wir planen. Denn das, glaube ich, wäre leistbar. Ansonsten gehe ich d'accord.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Wunderbar! Herzlichen Dank für die Konkretisierung! – Die Daten würden wir dann so festhalten: 9. Juni und 25. August. – Weitere Wortmeldungen? – Herr Wesener, bitte sehr!

Daniel Wesener (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender! Ich wollte noch einmal nachfragen, wie wir jetzt mit dem Unternehmensvertrag verfahren. Ich habe, ehrlich gesagt, Ihre Einlassung oder Wiedergabe von Hinweisen nicht ganz verstanden. Was ist denn dabei jetzt das Entscheidende: die Art und Weise der Vorlage bzw. deren Format, wie vom Senat jetzt offenbar eingespielt, oder der Auflagenbeschluss? – Ich sehe gerade, wir haben es hier erst einmal mit einem Bericht zu tun. Haben Sie darauf verwiesen, als Sie sagten, es gehe um eine Kenntnisnahme? – Der Auflagenbeschluss sieht eine Vorlage zur Beschlussfassung vor.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Richtig, genau!

Daniel Wesener (GRÜNE): Die hätte ich gern, wenn es denn geht. – Entscheidend, Herr Vorsitzender, ist für mich erst einmal nicht, was der Senat zuliefert, sondern was das Abgeordnetenhaus angefordert hat. Wenn Letzteres nicht geht, aus welchen Gründen auch immer, würde mich die Aufklärung interessieren.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Meine Aufgabe war, die Hinweise der Verwaltung an Sie weiterzugeben, und dabei gibt es eben eine Diskrepanz zwischen dem Auflagenbeschluss und der heutigen Vorlage, die eine Vorlage zur Kenntnisnahme ist. Alles Weitere ist aus meiner Sicht jetzt Sache der Fraktionen: darüber im Zweifelsfall zu diskutieren oder Vorschläge zu unterbreiten, wenn Sie das für notwendig ansehen. – Wir haben weitere Wortmeldungen. Der Nächste ist Herr Goiny. – Bitte sehr!

Christian Goiny (CDU): Das war ein Punkt, den auch ich noch einmal ansprechen wollte: Wenn wir im Auflagenbeschluss gesagt haben, wir meinen eine Vorlage zur Beschlussfassung, dann meinten wir auch eine Vorlage zur Beschlussfassung. Das ist ein Unterschied zu einer Vorlage zur Kenntnisnahme. Jetzt müsste uns der Senat erklären, wie das denn kommt, ob und wann das repariert wird, und wir müssten uns in der Sprecherrunde darüber unterhalten, wie wir damit umgehen, denn das ist eine Nichterfüllung des Auflagenbeschlusses. Das unterscheiden wir ja mit Absicht, sonst hätten wir sagen können, sie sollen irgendeine Vorlage schicken und damit ist es okay. Das haben wir ja gerade nicht geschrieben. Ich würde darum bitten, dass das aufgeklärt wird und wir uns dann in der nächsten Sprecherrunde damit beschäftigen.

Dann, Herr Vorsitzender, war bei mir nicht ganz angekommen, was jetzt alles zum 9. Juni berichtet wird. Meine Berichtsbitten hätte ich auch gern zum 9. Juni. Vielleicht ist das so verabredet worden und ich habe es nur falsch verstanden. Ich wollte das nur sicherheitshalber noch einmal klarstellen. – Danke schön!

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Ich hatte bewusst die Bitten von Herrn Bertram und von Ihnen, Herr Goiny, in einem Satz verpackt. Herr Bertram hat das für seinen Bereich noch einmal konkretisiert. Ihre Fragen hatten wir bereits vorher aufgenommen. Außerdem besteht ja – darauf hatte ich schon zweimal hingewiesen – die Möglichkeit, bis Montag im Zweifelsfall weitere Fragen nachzureichen. – Jetzt haben wir eine Reihe von Wortmeldungen. Zunächst Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Ich würde gern den Senat um Aufklärung bitten: Steht eine Vorlage zur Beschlussfassung noch aus? Oder ist das nur ein Versehen und das ist eigentlich eine Vorlage, die man auch zur Beschlussfassung nehmen könnte? – Das fände ich wichtig.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Na ja, zu diesem Projekt in der Holzmarktstraße will ich einmal zwei Sätze sagen: Nach meinem Eindruck war das im breiten parlamentarischen Konsens. Ich kann mich nicht erinnern, dass das irgendjemand anders wollte, dass dort studentisches Wohnen entsteht und eine Bademöglichkeit – oder was weiß ich – saniert wird. Wie der Senat das exekutiert, ist mir dann egal, wenn das Ergebnis stimmt – so würde ich es vielleicht formulieren. Nun haben einige schon etwas zum Marktwert usw. gesagt, aber klar ist doch, hier handeln zwei Organisationsformen, die beide für uns handeln. Da ist die Erwartungshaltung des Parlaments aus SPD-Sicht relativ klar: Das Projekt soll gemacht werden, und zwar sofort und nicht durch Ping-Pong usw. in irgendeiner Weise auf eine schiefe Bahn geraten. Darin sind wir uns jedenfalls in der SPD und so weit auch in der Koalition vollkommen einig.

Jetzt sind Berichtswünsche ausgelöst, und dann erwarten wir – gemeinsam, glaube ich –, dass das am 9. Juni erledigt wird, so oder so. Normalerweise brauchen wir zwölf Minuten, um hier 300 Millionen Euro freizugeben, mit diversen Telefonaten, fraktionsübergreifend. Da werdet ihr ja wohl so ein Grundstück von links nach rechts gedreht bekommen, wenn ihr bis zum 12. Juni Zeit habt. Mehr will ich dazu nicht sagen. Alles andere will ich hier nicht mehr diskutieren, sondern nur noch Erfolgsmeldungen, so wie hier Konsens herrscht. Das ist noch nicht einmal politisch – außer vielleicht insoweit, als dass die Opposition sagen könnte, das ist misslungen, und die Koalition sagen könnte, das ist gelungen. Das ist das einzige Politische an dem Ganzen. Dass das aber alle gemeinsam wollen und da zwei Truppen handeln, die uns gehören, das ist Konsens. – Also, das wird gemacht. Fertig.

Der Unternehmensvertrag liegt ja vor. Der ist da, mit dem konnte man sich befassen, den konnte jeder lesen. Dazu konnte sich jeder seine Meinung bilden und argumentieren. Deshalb sage ich jetzt für die SPD: Wir sehen uns in der Lage, das heute auch zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Das ist unser Vorschlag. Wir haben aber auch Verständnis dafür, wenn jetzt jemand sagt, aus formalen Gründen muss noch eine Überschrift geändert werden, das passiert dann eben erst in zwei Wochen. – Das halte ich aber für abwegig unter der Prämisse, dass ich gerade gesagt habe, der Hauptausschuss ist in der Lage, sehr schnell zu operationalisieren. Einem Vertrag, der da ist, kann ich zustimmen, oder ich kann es sein lassen, wenn ich inhaltliche Mängel sehe.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Na ja, ich will schon, dass es passiert, ich will aber, dass da etwas Schönes passiert – darüber diskutieren wir ja gerade noch einen Moment – und am Ende auch die Zahlen stimmen. – [Torsten Schneider (SPD): Und dass die Kultur da auch noch reinkommt!] – Nein, es muss keine Kultur rein, das habe ich gar nicht gesagt. Ich möchte nur, dass es eine vernünftige Nutzung ist, die in dieses urbane Gebiet passt, und dass es am Ende keine Blackbox ist. Dass uns alle Firmen gehören, ist noch lange keine Garantie dafür, dass es sich am Ende finanziell gut darstellt. Da haben wir auch schon andere Erfahrungen gemacht. Vielleicht bin ich da ein bisschen pingelig. Ich will aber gar nicht dagegen sein und möchte

nur, dass uns das alles ordentlich aufgeschrieben wird. Wenn der Schlendrian schon damit anfängt, dass die Überschrift falsch ist, habe ich natürlich den Verdacht, dass dahinter vielleicht auch das eine oder andere noch nicht ganz zu Ende formuliert und richtig kalkuliert ist.

Deswegen ist es doch ein faires Angebot an den Senat, sich das Ganze noch einmal anzuschauen. Wir haben noch fraktionsübergreifend konkrete Fragen, was die Finanzierung und die Darstellung dieser Konzepte anbetrifft. Dann sollen die das einmal ordentlich aufschreiben. – Wir sind an anderer Stelle übrigens, was die Einhaltung unserer Auflagenbeschlüsse anbetrifft, manchmal auch sehr genau, lieber Torsten Schneider. Das bin nicht immer nur ich. Das sollten wir jetzt auch an dieser Stelle so machen, sonst müssten wir uns über die Frage von Auflagenbeschlüssen noch einmal unterhalten. – [Torsten Schneider (SPD): Also vertagen wir das jetzt zum nächsten Mal?] – Na ja, wenn das jetzt eine Vorlage zur Kenntnisnahme ist statt einer Vorlage zur Beschlussfassung, dann müssen wir das noch einmal vertagen, und der Senat muss dann eine richtige Vorlage einreichen.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Frau Meister!

Sibylle Meister (FDP): Vielleicht habe ich irgendetwas falsch gelesen. Also, ich habe eine rote Nummer 2778 E, hintendran ist der Unternehmensvertrag für die Bäder-Betriebe, und darin steht vorn:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und stimmt dem endverhandelten Unternehmensvertrag der Berliner Bäder Betriebe zu.

Warum machen wir das jetzt nicht? – [Torsten Schneider (SPD): Weil die Überschrift falsch ist, vorne auf dem Deckblatt!] – Oh ja, Kinder! – [Zuruf von Christian Goiny (CDU)] –

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Wenn weitere Wortmeldungen sind, bitte ich um Handzeichen, damit wir die Diskussion in geordneten Bahnen führen können. – Bei mir steht: „Mitteilung zur Kenntnisnahme“ – Punkt. Alles andere ist dann Sache der Fraktionen, sich darüber zu verständigen, bzw. Sache des Senats, gegebenenfalls eine andere Vorlage beizubringen. Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? – Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Der Senat hat sich jetzt noch nicht dazu geäußert. Ich verstehe es so, dass der Senat offensichtlich der Auflage nachkommen und uns eine Vorlage zur Beschlussfassung übermitteln wollte. Das hat er aber nicht gemacht, sondern eine Mitteilung zur Kenntnisnahme. – [Christian Goiny (CDU): Deswegen kostet es ja auch nichts! – Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Na, der Unternehmensvertrag kostet, aber heftig – so viel, wie die Bäder-Betriebe immer kosten, aber das ist jetzt eine andere Frage. Es ging um die Frage, wie wir das aushandeln.

Insofern müssen wir uns jetzt überlegen, wie wir damit umgehen. Ich sehe es so, dass wir eine Abweichung vom Verfahren an der Stelle nur einvernehmlich machen können. Wir wären dazu bereit. Ich finde, wir können jetzt auch darüber abstimmen. Wir haben dann als Koalition das Problem, dass wir es nicht mehr im Plenum bereden können – weil es bloß eine Mitteilung zur Kenntnisnahme ist –, worüber wir sehr traurig sind. Wir würden aber darauf verzichten zugunsten der Beschlussfassung hier. Ich stelle anheim, wenn die CDU sagt: „Das ist keine Vorlage zur Beschlussfassung, insofern können wir das hier nicht behandeln“, dann muss

der Senat das neu einbringen, und dann bereden wir es im Plenum. – Das müsst ihr dann sagen.

Nach dem langen Warten – Klammer auf, Kollege Förster: Es ist ja nicht nur die Zeit, in der wir hier intensiv den Unternehmensvertrag diskutieren, sondern wir können im Hauptausschuss auf 15 Jahre Behandlung der Bäder-Betriebe zurückblicken, die als Vorlauf dazu gelten dürfen. – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Ich spare es mir jetzt einmal, die zu illustrieren. – Insofern wäre Schnelligkeit schön, zumal wir über alle Informationen verfügen. Wenn wir das nun aber leider aufgrund des Verfahrensfehlers nicht machen können, dann müssen wir auf die Vorlage warten. Das ist nun einmal so.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herr Zillich! Ich würde Ihren Vorschlag insoweit aufgreifen, als dass ich einfach frage, ob Einvernehmen darüber besteht, dass wir jetzt hierüber eine Beschlussfassung vornehmen. Ich stelle diese Frage. Wenn eine Fraktion Einspruch einlegt, müssen wir leider dementsprechend noch eine Runde drehen. – [Torsten Schneider (SPD): Und dann kriegen wir ein neues Deckblatt!] – Herr Goiny, bitte sehr!

Christian Goiny (CDU): Wir wollen einer vernünftigen Lösung nicht im Weg stehen, ich will aber dem Eindruck des Kollegen Zillich widersprechen, dass mit diesem Papier hier alles schön sei bei den Bäder-Betrieben. 15 Jahre Vorlauf heißt nicht: Jetzt ist gut! – Für die Bäder, die wir in der letzten Wahlperiode beschlossen haben, ist noch nicht einmal ein Spatenstich erfolgt. Von all den anderen Dingen, die nicht funktionieren, wollen wir an der Stelle gar nicht reden. Dass jetzt also bei den Bäder-Betrieben alles toll sei, dass das eine tolle Erfolgsgeschichte ist, möchte ich hier in Abrede stellen. Wir haben hierzu ja auch noch Fragen.

Meinetwegen können wir das heute machen, aber dann hätte ich gern von den Bäder-Betrieben die Zusage, dass wir für unseren Bericht, den wir jetzt ausgelöst haben, am 9. Juni keine Fristverlängerung bekommen. Wenn wir uns hier schon auf irgendetwas verabreden, dann möchte ich nicht lesen, dass wir am 9. Juni eine Fristverlängerung haben – und dann vertagen wir den Punkt am 9. Juni auch nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen. Dann können wir das jetzt machen, und dann haben wir unter Verzicht auf die Strafzahlung wegen Nichterfüllung des Auflagenbeschlusses an mehreren Stellen Großzügigkeit walten lassen. – [Torsten Schneider (SPD): Wir unterstützen das also tatkräftig!] –

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Es ist jetzt relativ schwierig, alles, was hier geäußert wird, mit der Geschäftsordnung übereinzubringen.

Christian Goiny (CDU): Doch, das ist ganz einfach.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Wir können das zu Protokoll nehmen als Bitte oder Erwartungshaltung.

Christian Goiny (CDU): Die Senatsverwaltung kann ja erklären, vielleicht mit Unterstützung von SenFin, weil die das wahrscheinlich mitzeichnen müssen, dass aus heutiger Sicht sozusagen alles Menschenmögliche getan wird, dass am 9. Juni keine Fristverlängerung vorliegt und wir das auch behandeln können. Das können sie doch zu Protokoll erklären – geschäftsordnungsmäßig zulässig.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Gut! – Herr Staatssekretär! Sie hatten sich meines Wissens ohnehin zu Wort gemeldet. Selbstverständlich bekommen Sie das Wort. – Bitte sehr!

Staatssekretär Aleksander Dzembitzki (SenInnDS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Es tut mir fürchterlich leid, dass ich – ich glaube, es waren jetzt 15 Minuten, in denen das diskutiert wurde – diese 15 Minuten Ihrer wertvollen Lebenszeit geklaut habe. Ich kann im Augenblick nicht sagen, wo uns der Fehler unterlaufen ist. Selbstverständlich wollten wir das hier als Beschlussvorlage einbringen. Ich würde das sehr begrüßen – was ich vorhin schon gesagt habe. Richtig ist, dass wir den Unternehmensvertrag entsprechend angehängt haben. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn doch irgendwie geregelt werden kann, dass wir das heute abschließen.

Wann immer dieses Hohe Haus uns die Aufträge gibt, dass wir bis zu einem bestimmten Punkt Themen einbringen sollen, sind wir höchstgradig bemüht, diese Termine auch einzuhalten. Das werden wir auch mit dem 9. Juni und dem 25. August so halten. Ich verspreche, Herr Goiny, dass wir dann nicht am 12. Juni kommen – denn Sie hatten den 12. Juni genannt, obwohl es der 9. Juni ist, aber –, das kriegen wir hin.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herzlichen Dank! Das haben wir so zu Protokoll genommen. Wir bedanken uns. – Dann stelle ich fest, dass darüber Einvernehmen herrscht, dass wir jetzt die Vorlage von „Mitteilung zur Kenntnisnahme“ zur Beschlussfassung wandeln. Auch das nehmen wir zu Protokoll, und dann gibt es jetzt eine Abstimmung darüber. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Regierungsfraktionen und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das ist niemand. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die CDU-Fraktion und die AfD-Fraktion. – Herzlichen Dank!

Damit haben wir den Tagesordnungspunkt 9 tatsächlich geschafft. Wir bedanken uns bei Herrn Dzembitzki, Herrn Kleinsorg, Herrn Aleithe und natürlich auch bei den Mitarbeitern der Senatssportverwaltung.